

garantito

Das Magazin der Gewerkschaft
des Zollpersonals

Le magazine du syndicat du
personnel de la douane

La rivista del sindacato del
personale delle dogane

Nr. 6 | 23. Dezember 2022



Mieux vaut tard que jamais

La nouvelle loi sur les douanes se
fait plus attendre que prévu

Meglio tardi che mai

La nuova legge sulle dogane si
farà attendere più del previsto

Lieber später, dafür besser

Das Zollgesetz wird zur
Geduldsprobe



Bern-Innerschweiz

Pensionierten Apero vom 11. November 2022

Am 11. November trafen sich die pensionierten Mitglieder zum Apero im Restaurant Cavallo in Bern. Die gesellige Runde wurde wie immer mit Köstlichkeiten und Getränken verwöhnt. An dieser Stelle möchte der Vorstand allen beteiligten Danken und freut sich, alle am 16. März 2023 zur Generalversammlung wieder zu sehen.

Angelo Rihs

Nordwestschweiz

Am 23. Januar 2023 findet ab 18.30 Uhr die GV der Sektion Nordwestschweiz im Rest. Bad Bubendorf, Bubendorf, statt.

Die Redaktion

Rhein

Herbstversammlung am 2.12. im Engadin

Rückblickend hielt Sektionspräsident Victor Luisio fest, dass die Aussprache mit Kdt Markus Kobler am 5. Mai sehr gut verlaufen ist. Es konnten die Anliegen der Mitglieder vorgebracht und einige Verbesserungen erreicht werden. Vor allem bei den Treueprämien, die nun wieder als Ferien bezogen werden können sowie den Arbeitsmenüs, wo wieder alle zur Verfügung stehen.

Beim Sozialplan führte Vizesektionspräsident Daniel Gisler aus, dass bis dato nur die Lohnklassen entschieden wurden. Für die ehemaligen Grenzwächter konnte so eine namhafte Lohnerhöhung ab 1.1.24 erreicht werden. Unsere Forderungen bezüglich Allegra wurden grösstenteils übernommen. Themen wie Spesen, Work-Life Balance etc. sind immer noch in den Arbeitsgruppen. Bei den Revisoren mit GWK-Hintergrund konnte immerhin erreicht werden, dass diese mit der Allegra-Ausbildung zum Fachspezialisten P und somit in Lohnklasse 17 gehievt werden.

Vorwärtsblickend wurde vielfach der Wunsch geäussert, dass Garanto nicht länger als Gegner, sondern als Partner wahrgenommen wird.

Mitglieder monierten ebenfalls, dass das Stellenbesetzungsverfahren nicht in allen Fällen fair verlaufen ist. Da das neue Zollgesetz voraussichtlich nicht am 1.1.2024 in Kraft tritt, gibt es weiter Ungemach mit dem Zugriff auf diverse wichtige Datenbanken für die alltägliche Arbeit. Die Umsetzung der Immobilienstrategie, die den Verkauf von Zollgebäuden und Dienstwohnungen vorsieht, gab aufgrund der angespannten Marktlage im Engadin ebenfalls zu reden.

Sektion rhein

Schaffhausen

Am Freitag, 10. März 2023, findet im Bistro «La Résidence» in Schaffhausen die Generalversammlung der Sektion Schaffhausen statt. Anträge zuhanden der GV und/oder der nationalen Delegiertenversammlung (2. Quartal 2023) sind dem

Sektionsvorstand in schriftlicher Form bis Freitag, 13. Januar 2023, einzureichen. Die definitive Einladung mit der Traktandenliste und den Anträgen wird im Garanto-Magazin 1/23 (Erscheinungsdatum 3. März 2023) publiziert sowie auf der Homepage der Sektion Schaffhausen aufgeschaltet. Mitglieder können sich bereits jetzt, spätestens jedoch bis zum Freitag, 3. März 2023, anmelden. – Anmeldungen per Mail an janmarcel.brodmann@bazg.admin.ch oder telefonisch an 079 532 54 75.

Jan Brodmann, Sektion Schaffhausen

Zürich

Generalversammlung am 9. Februar 2023

Am 9. Februar 2023 um 18:30 Uhr findet in Bülach, im Restaurant Kaserne die Generalversammlung 2023 statt. Neben den üblichen Traktanden wird auch die Fusion mit der Sektion Schaffhausen ein Thema sein. Das Resultat der dazu gestarteten Urabstimmung wird an der Versammlung bekannt gegeben. Auch für eine Abendverpflegung ist gesorgt.

Vorstand Sektion Zürich

Ticino

Luca Bernasconi, finora capo dogana a Chiasso, sarà il nuovo comandante a Lugano a partire dal 1° aprile. Non è ancora stato nominato il suo successore a Chiasso.

La redazione

PENSIONIERTE

Nordwestschweiz

Jahresversammlung Pensionierte NWS

Die Versammlung findet am Dienstag, 17. Januar 2023 um 1400 Uhr im Rest. Schiff, Kleinhüningen statt. Die Traktandenliste findet sich auf der Homepage. Anträge bis 11.1.2023 an W. Kräutli, Bruderholzstrasse 36, 4102 Binningen.

Walter Kräutli

Zürich

Einladung Frühjahrsversammlung 2023

Mittwoch, 8. März 2023, um 14.15 Uhr im Restaurant Hans im Glück, Graswinkelstrasse 54, 8302 Kloten (mit Bus Nr. 733 ab Bahnhof Kloten oder Bahnhof Zürich-Flughafen). Haltestelle: Kloten Wohnheim

Anträge sind bis am 11. Februar 2023 schriftlich an den Obmann Viktor Zäch, Hohrainlistrasse 43, 8302 Kloten, einzureichen.

Nach der Versammlung wird ein Imbiss serviert. Anmeldung an den Obmann per Telefon, per E-Mail oder schriftlich bis 24. Februar 2023 an Viktor Zäch, Hohrainlistr. 43, 8203 Kloten; Tel: 044 803 90 94 / Handy: 079 812 43 89; E-Mail: victor.zaech@bluewin.ch

Victor Zäch

REPORTAGE 4-6

Was lange währt, wird endlich gut
Das neue Zollgesetz wird das Parlament noch lange beschäftigen

GEWERKSCHAFTSPOLITIK 7-9

Zentralvorstand

Das Zollgesetz und der Teuerungsausgleich waren die wichtigen Themen

57. SGB-Kongress

Der SGB beschliesst einen feministischen Streik

Kämpfen lohnt sich!

Genfer Chauffeure streikten erfolgreich für eine Lohnerhöhung

AUS DEM BUNDESHAUS 10/11

Kantone in die Pflicht nehmen

Der Druck auf die Löhne des Bundespersonals ist nicht gerechtfertigt

Berufliche Vorsorge

Der Ständerat beriet im Dezember die BVG-Reform

PORTRAIT 12



«Welcher Beruf kann das schon bieten?»

Rina Cano im Portrait

RECHTE 13

Arbeitszeugnis

Diese Rechte können Angestellte einfordern

MIX 34

Buchempfehlung

Der 97-jährige ehemalige Grenzwachter Gabriel Alig (Vlis GR) hat ein wunderbares Buch geschrieben

KUMMERBOX 35

REPORTAGE 14-16



Tout vient à point à qui sait attendre

La nouvelle loi sur les douanes occupera encore longtemps le Parlement

POLITIQUE SYNDICALE 17-19

Comité central

La loi sur les douanes et la compensation du renchérissement étaient les sujets principaux

57^e Congrès USS

L'USS décide d'une grève féministe

Combattre, ça vaut la peine!

La grève des transports publics à Genève mène à une hausse salariale

PALAIS FÉDÉRAL 20/21

Les cantons devraient assumer de responsabilités

La pression sur les salaires du personnel de la Confédération est injustifiée

Prévoyance professionnelle

Le Conseil des États a débattu de la réforme de la LPP en décembre

PORTRAIT 22

«Quel autre métier offre cela?»

Interview de Rina Cano

DROITS 23

Certificat de travail

Les employé-e-s ont droit à un certificat de travail bienveillant

BOÎTE À SOUCIS 35

REPORTAGE 24-26

Se la gestazione è lunga, il risultato è buono

La nuova legge sulle dogane occuperà il Parlamento ancora per molto

POLITICA SINDACALE 27-29

Comitato centrale

I temi scottanti: La legge sulle dogane e la compensazione del rincar



57^o Congresso dell'USS

Deciso lo sciopero delle donne

Combattere conviene

Lo sciopero dei trasporti pubblici a Ginevra porta ad un aumento di salario

PALAZZO FEDERALE 30/31

Richiamare alle proprie responsabilità i Cantoni, non il personale

La pressione sui salari federali è ingiustificata

Previdenza professionale

A dicembre, il Consiglio degli Stati ha discusso la riforma della LPP

RITRATTO 32

«Quale professione può offrire altrettanto?»

Rina Cano nell'intervista

DIRITTI 33

Attestato di lavoro

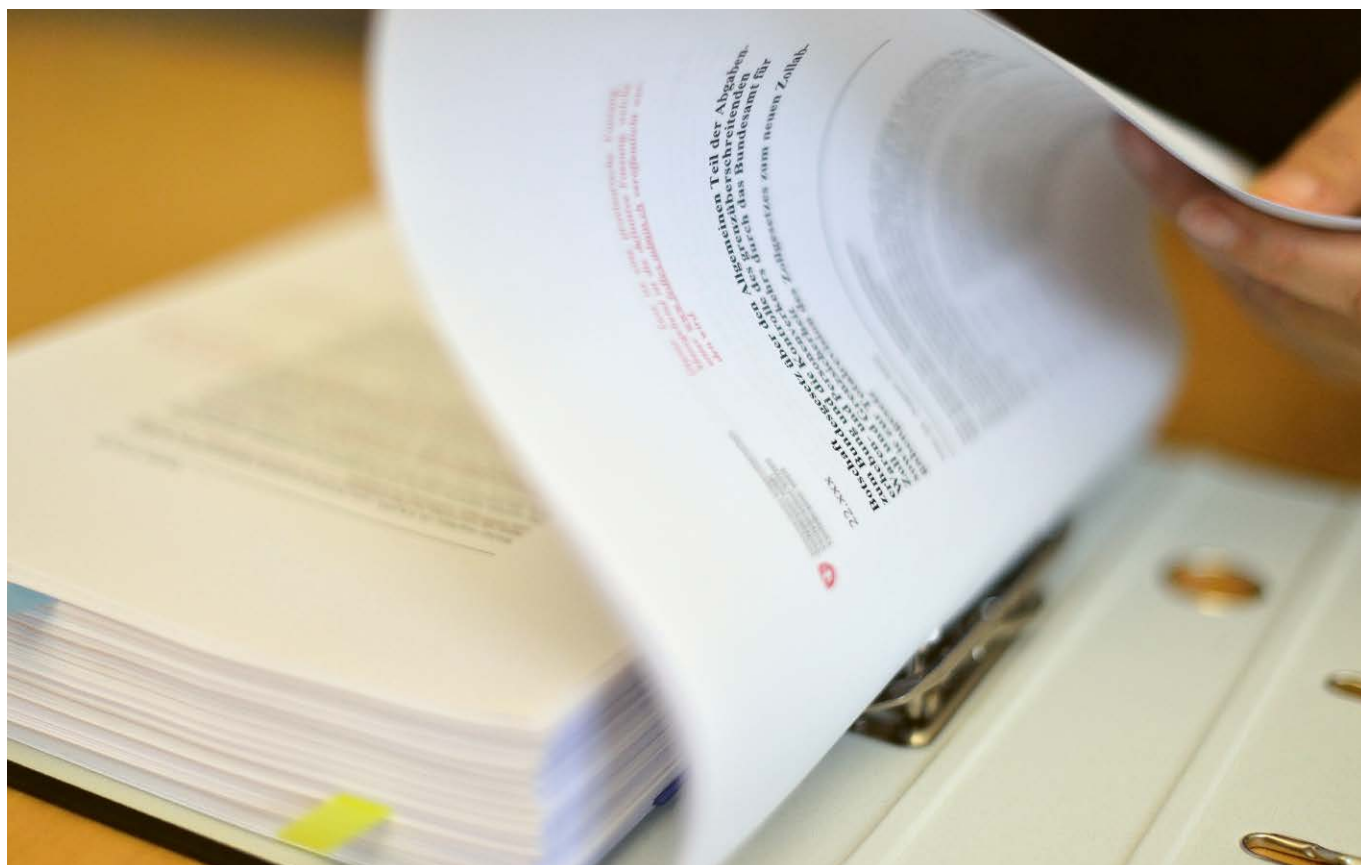
Questi sono i diritti degli impiegati

CASSETTA DEI CRUCCI 35

Was lange währt, wird endlich gut

Die Totalrevision des Zollgesetzes ist nicht mehr auf hoher See, aber auch lange nicht im sicheren Hafen. Noch lange nicht. Das bisher kommunizierte Inkrafttreten auf den 1. Januar 2024 ist weit ausserhalb des Möglichen. Es fehlen noch einige Schritte, bis das Projekt in ein definitives Gesetz gegossen wird. Wie viel Zeit sich die Kommissionen und das Parlament dafür nehmen, ist ungewiss.

Text: Riccardo Turla, Redaktor



© Bild: Riccardo Turla

Bei Garanto beugten sich einige fachkundige Spezialist:innen über das mehr als 450 Seiten lange BAZG-Vollzugsgesetz.

Die Mühlen der Schweizer Politik mahlen langsam. Dafür fördert sie normalerweise ausgezeichnete Brote, die nachhaltig und breit abgestützt sind. Bei der Totalrevision des Zollgesetzes (BAZG-VG) mahlen besonders viele Mühlen. Ämterkonsultation, Vernehmlassungsverfahren, Gesetzesentwurf – das alles nahm seine Zeit in Anspruch, bis der Bundesrat am 24. August dieses Jahres die Botschaft verabschiedete. Nun gelangt die Totalrevision des Zollgesetzes (22.058) in die heisse Phase, nämlich den Beratungen. Diesen

Herbst beschäftigten sich gleich drei Kommissionen mit dem Gesetz, weil das Zollgesetz viele Felder der Bundespolitik betrifft.

Die parlamentarischen Beratungen können noch zwei und mehr Jahre dauern

Die nationalrätlichen Kommissionen gaben Mitberichte in Auftrag und installierten Subkommissionen. Federführend ist die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N); das Geschäft betrifft auch die Sicherheitspolitische

Kommission (SiK) und die Finanzpolitische Kommission (FK).

Diese Prozesse werden wegen der gegenseitigen Mitberichte und «dem grossen Diskussionsbedarf», wie die WAK in einer Medienmitteilung vom 15. November 2022 festhielt, frühestens im kommenden April abgeschlossen sein. Erst wenn die Kommissionsarbeit definitiv abgeschlossen ist, geht das neue BAZG-VG in den Nationalrat. Wann das genau geschieht, ist Stand heute nicht vorauszusagen – einzig der theoretisch frühestmögliche Zeitpunkt steht

fest: Die Sommersession 2023. Danach geht das Geschäft zurück in die WAK des Ständerats. Die kleine Kammer wird das Gesetz anschliessend beraten.

Es sind noch Wahlen dazwischen

Bis zur Beratung im Ständerat hat der Bundesrat gegenüber Herbst 2022 mindestens zwei neue Mitglieder – es findet auch 2023 eine Gesamterneuerungswahl des Bundesrats statt – und das Parlament wird in den Eidgenössischen Wahlen von Oktober 2023 neu bestellt worden sein. Das heisst: Es wird ein neu zusammengesetzter Bundesrat und ein Parlament in neuer Zusammensetzung die Totalrevision des Zollgesetzes zu ihrem Ende tragen.

Es gibt auch danach noch weitere Stolpersteine für das Inkrafttreten des Gesetzes, eventuell drei an der Zahl. Wenn sich National- und Ständerat nicht einig werden über den definitiven Gesetzestext, folgt ein Differenzbereinigungsverfahren. Bei erfolgter Einigkeit und dem Gesetzesbeschluss gilt noch eine Referendumsfrist von 90 Tagen. Sollte tatsächlich ein Referendum lanciert werden und zustande kommen, müsste die Zollgesetzrevision noch auf den folgenden Abstimmungstermin warten. Im theoretisch schlimmsten Fall endet die Totalrevision in einem Desaster: Im Fall eines erfolgreichen Referendums wäre sie komplett gescheitert. Aus den Mitteilungen der Kommissionen ist aber zu erahnen, dass sie das Zollgesetz mit der gebotenen Vorsicht korrigieren werden, weil «die Notwendigkeit der Vorlage unbestritten» sei, wie die FK im vergangenen Oktober mitteilte.

SiK-N hat Fragen zur Sicherheit und Kompetenzabgrenzung

Die Sicherheitspolitische Kommission (SiK-N) hat sich am 10./11. Oktober das Zollgesetz beraten. Sie hielt dabei fest, dass sich komplexe Fragen zur Sicherheit und zur Kompetenzabgrenzung mit den Kantonen stellen. Darum beschloss sie, eine eigene Subkommission einzusetzen. Die SiK verfasst einen Mitbericht für ihre nächste Sitzung vom 23./24. Januar 2023. Darin formuliert sie Anträge zuhanden der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N), die sich im kommenden April mit dem Gesetz beschäftigt. Die sechsköpfige

DIE WORTE DER PRÄSIDENTIN

Mitarbeitende müssen einbezogen werden!

Es ist eine umfangreiche Revision – die Breite des Gesetzes könnte wohl nicht grösser sein. Ordnungspolitische, finanzielle und wirtschaftspolitische Fragen müssen nun im Parlament geklärt werden. Das vorhandene Erfahrungswissen – gerade auch der Mitarbeitenden – soll deshalb weiterhin aktiv miteinbezogen werden in der Entscheidungsfindung.

Die Gesetzesänderungen betrifft demnach auch zahlreiche Akteure. Gerade die Mitarbeitenden des BAZG tragen einen grossen Teil der Transformation auf ihren Schultern. Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur ihr Fach- und Erfahrungswissen miteinfliesst, sondern auch die Mitarbeitenden aktiv im gesamten Prozess einbezogen werden. Garanto wird sich weiterhin dafür einsetzen.

Sarah Wyss, Präsidentin

SiK-Subkommission tagte später am 1. November, wo Garanto seine Stellungnahme mit dem Fokus auf sicherheitspolitische Themen präsentierte.

FK will von der WAK die Kosten prüfen lassen

Die Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) behandelte das BAZG-VG am 13. Oktober. Sie verlangte ihrerseits einen Zusatzbericht von der WAK-N für ihre anschliessenden Sitzungen am 25. Oktober und 14. November in Auftrag, um die Kosten und finanziellen Auswirkungen zu überprüfen. Die FK-N gab zu bedenken, dass «die Umsetzung [des Zollgesetzes] angesichts der schwierigen finanzpolitischen Situation nicht zu

höhere als vom Bundesrat veranschlagten Ausgaben führen darf». Zudem habe die Transformation des BAZG erhebliche Auswirkungen auf dessen Immobilien. Also müsse sie sich im Rahmen der Immobilienbotschaft des EFD 2023 damit befassen.

WAK nimmt die Arbeit im April 2023 wieder auf

Die WAK-N tagte am 24. Oktober und hörte sich Vertreterinnen und Vertreter der Kantone (Justiz und Polizei), den Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften an. Auch Garanto war eingeladen zum zweiten Termin und durfte den 25 Kommissionsmitgliedern die



Bundesrat Ueli Maurer war bis Ende 2022 der verantwortliche Departementsvorsteher während der Totalrevision. Er übergibt den Stab an Karin Keller-Sutter.

Analyse seines Zentralvorstands vorstellen. Die WAK-N beschloss in ihrer folgenden Sitzung vom 15. November, auf die Totalrevision des Zollgesetzes einzutreten.

Nun wartet die WAK auf den erwähnten Mitbericht der SiK im kommenden Januar. Dann berät sie das Gesetz ab dem 3./4. April 2023 wieder. Es ist gut möglich, dass die WAK den nach ihren Worten «grossen Diskussionsbedarf» auch auf ihre darauffolgende Sitzung (22./23. Mai) ausdehnen will. Danach ist noch einiges möglich, was die Übergabe des Geschäfts an den Nationalrat verzögern kann.

Soll der Nachrichtendienst Zugriff auf die Daten erhalten?

Auch der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) Adrian Lobsiger hat ein Wort mitzureden, was den Datenschutz im Gesetz angeht. Er warnte im Ämterkonsultationsverfahren von 2021 vor hohen systemischen Datenschutzrisiken. Dabei handelte es sich um Risiken für die Grundrechte von kontrollierten

Personen, den Zugriffsrechten verschiedener Personalkategorien auf sensible Datenbanken, aber auch über den Austausch von Daten mit anderen Ämtern und Behörden, darunter namentlich der Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Der Bundesrat reagierte teilweise auf die Kritik und präsentierte Ende August einige Korrekturen im Sinne des Datenschutzbefragten. Auch Garanto hat punkto Datenschutz Verbesserungen festgestellt.

Unter Vorbehalt des Kommissionsgeheimnisses wollte und konnte Lobsiger in diesem Moment gegenüber dem Garanto Magazin keinen detaillierten Kommentar abgeben. Der EDÖB hat jedoch in der Kommission im Herbst seine Analyse gut darlegen können.

Der EDÖB liess verlauten, dass die neu vorgesehene Möglichkeit, dass der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) auf das Datensystem der Grenz- und Zollpolizei resp. des BAZG zugreifen soll, noch strittig ist. Im heute geltenden Zollgesetz ist dieser Zugriff nicht vorgesehen, weil die ab und zu stattfindende Zusammenarbeit im Rahmen

der einzelfallweisen Amtshilfe abgewickelt werden kann. Der Bundesrat hat den Zugriff des NDB im neuen BAZG-VG beibehalten, obwohl er weiss, dass der EDÖB diesen für unnötig und unverhältnismässig hält. Die abweichende Meinung des EDÖB, der sich dagegen wehrt, dass die Sicherheitsbehörden ihre Daten über die Bevölkerung zusammenlegen, bleibt in der Botschaft unerwähnt.

Garanto bleibt dran

Garanto und die verschiedenen Interessengruppen werden also noch Gelegenheit haben, die Entwicklung des BAZG-VG zu beobachten – erstmals öffentlich in der Debatte im Nationalrat im nächsten Jahr. Daraufhin ist nicht auszuschliessen, dass sich auch die ständerätlichen Kommissionen (voraussichtlich 2024/25) die Meinungen und Analysen von Garanto, der Wirtschaft und eventuell des EDÖB anhören. Parallel dazu bleibt Garanto aktiv im Austausch mit interessierten Parlamentsmitgliedern.

Die bisherigen Kritikpunkte von Garanto

Garanto hat das neue Zollgesetz gewissenhaft mitverfolgt und seine Kritikpunkte im Vernehmlassungsverfahren und den Kommissionen einbringen können. Auf die Botschaft des Bundesrats vom 24. August reagierte Garanto mit einer Analyse und einer folgenden Medienmitteilung am 30. August. Der Zentralvorstand hielt in einer Stellungnahme am 25. Oktober die wichtigsten Punkte fest.

In der Medienmitteilung hielt Garanto zunächst fest, dass «die Betroffenen und deren Erfahrung und Wissen in den parlamentarischen Prozess miteinbezogen werden» sollen, wie Präsidentin Sarah Wyss ausdrückte, weil «dieser Einbezug im Vorfeld zu spärlich war». Sprich: Das Personal von Zoll und Grenzschutz, das die Praxis dank seinem Expertenwissen am besten kennt, sollte in gewissen Aspekten der Ausgestaltung des Gesetzes konsul-

tiert werden. Die künftige Struktur des BAZG müsse zudem im Gesetz geregelt werden, wie auch die Bewaffnung des Personalkörpers. Weiter müsse der Gedanke des Service Public im Vordergrund bleiben. Die BAZG-Mitarbeitenden sollen verlässliche Daten erheben und zur Auswertung für Wirtschaft, Volk und Staat zur Verfügung stellen können.

Ein wichtiger Punkt aus Sicht des Personals bleibt die Verunsicherung bezüglich der Bewaffnung und Uniformierung, wie dieses Magazin in den früheren Nummern bereits dargestellt hat. Teile des Personals äussern Sicherheitsbedenken, aber auch Bedenken bezüglich ihrer beruflichen Aufstiegschancen bei Verzicht auf die Schusswaffe.

Nicht weiter verfolgen wird Garanto die Forderung, dass die Wohlfahrtskasse ins Gesetz aufgenommen

würde, zumal die vorgesehene Regelung auf Verordnungsstufe ausreiche. Ebenso hat Garanto Verbesserungen im Sinne des EDÖB festgestellt bezüglich der Handhabung der Erhebung von Personendaten. Nach wie vor stellt Garanto jedoch in Frage, ob eine Gesetzesrevision überhaupt notwendig sei, weil das gültige Zollgesetz von 2005 bereits 2016 ergänzt wurde, insbesondere in Bezug auf die Digitalisierung.

Die Gewerkschaft äusserte sich zudem am 4. November zur Abschaffung der Industriezölle. Zentralpräsidentin Sarah Wyss meinte dazu: «Nun, da wir sehen, wie schwerfällig das neue Gesetz BAZG-VG daherkommt, plädieren wir dafür, die Abschaffung Industriezölle mit dem Inkrafttreten des BAZG-VG zu koppeln. Somit kann der Finanzplan entlastet werden.»

Riccardo Turla, Redaktion

Vieles dreht sich um das Zollgesetz

In den letzten zwei Monaten tagte der Zentralvorstand zweimal, am 21. Oktober und am 17. November, sowie zu einer Retraite am 18. November, um die Ziele fürs nächste Jahr zu definieren. Im Zentrum standen vor allen Dingen das neue Zollgesetz und die Situation bezüglich Teuerungsausgleich.

Text: Riccardo Turla, Redaktor

Zum Zollgesetz klärte der Zentralvorstand nach einer längeren Debatte seine Haltung, die sie auch in die parlamentarischen Kommissionen hineinbringen würde. Insbesondere stand die Frage im Mittelpunkt, ob Garanto den Kommissionen ein Eintreten, Nichteintreten oder eine Rückweisung empfehlen würde. Nach einer engagierten Diskussion entschied sich der Vorstand für die Variante Rückweisung mit verbundenem Auftrag an den Bundesrat, das Gesetz zu verbessern.

Die weiteren Diskussionspunkte im Vorstand betrafen unter anderem die Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP). In der November-Sitzung gab es einen regen Austausch bezüglich Bewaffnung des Zollpersonals: Im GPK-Bericht steht die Empfehlung, die Anzahl bewaffneter Personen nicht zu erhöhen, bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Trotzdem geht die Allegra-Weiterbildung bei der Bewaffnung weiter. Solange aber die Bewaffnung politisch nicht



Die Sozialpartner (mit Heidi Rebsamen, ganz rechts, und Präsidentin Sarah Wyss daneben) haben mit Finanzminister Ueli Maurer den Teuerungsausgleich erfolgreich verhandelt.

beschlossen ist, dürfen keine Personen weitergebildet werden. Eine Stellungnahme des Bundesrats auf Anfrage von Zentralpräsidentin Sarah Wyss steht noch aus.

Die Arbeitsgruppe Sozialplan berich-

tete von guten Gesprächen mit dem BAZG, die aber vorläufig zu keinen Beschlüssen geführt haben. Die Arbeitsgruppe hat dem BAZG ein Pilotprojekt vorgeschlagen, in dem die Angestellten ihre Einsatzpläne mit mehr individuellen Freiheiten mitgestalten können. Ziel ist, eine solche Praxis gesamtschweizerisch einzuführen. Weiter beschloss der ZV, dass der Kongress 2024 in Biel stattfinden wird, sowie die Gründung einer Arbeitsgruppe Mitgliederaktion, die in den letzten Wochen tätig geworden ist.

Am 18. November traf sich der Zentralvorstand zu einer halbtägigen Retraite, um die Ziele von Garanto für 2023 zu definieren. Diese Ziele betreffen die gesellschaftlich-politische Ebene, die Prioritäten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die gewerkschafts-internen Ziele. Der Zentralvorstand hat zu diesen drei Bereichen verschiedene Massnahmen erörtert und einen Zeitplan festgelegt.

Teuerungsausgleich PUBLICA-Renten: Auslegeordnung für 2023

An den Lohnverhandlungsgesprächen vom 17. November mit BR Ueli Maurer waren auch die PUBLICA-Renten ein Thema. Garanto setzte sich vehement dafür ein, dass der allfällige Teuerungsausgleich 2023 ein ernstes Thema wird. Wir haben vereinbart, dass eine Auslegeordnung erarbeitet wird und schon im Februar die Diskussionen aufgenommen werden. Ein Problem ist, dass die PUBLICA im Moment in Unter-

deckung ist. Hinzu kommen die nicht sehr rosigen Finanzaussichten für die kommenden Jahre, welche vor allem von bürgerlicher Seite noch stärker betont werden. Nichtsdestotrotz wird sich Garanto für einen schnellen Teuerungsausgleich bei den PUBLICA-Renten einsetzen. Denn die stark angestiegenen Krankenkassenprämien fressen die Renten richtiggehend auf.

Heidi Rebsamen, Zentralsekretärin

SGB-Kongress beschliesst feministischen Streik

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes haben am 25./26. November an ihrem 57. Kongress in Interlaken die gewerkschaftlichen Schwerpunkte festgelegt. Neben der Lohn- und Rentenoffensive haben die SGB-Gewerkschaften beschlossen, am 14. Juni 2023 einen feministischen Streik zu organisieren. Pierre-Yves Maillard wurde erwartungsgemäss als Präsident für vier weitere Jahre wiedergewählt. Ihm stehen neu durch die Wahl von Natascha Wey zwei Frauen als Vizepräsidentinnen zur Seite.

Text: SGB

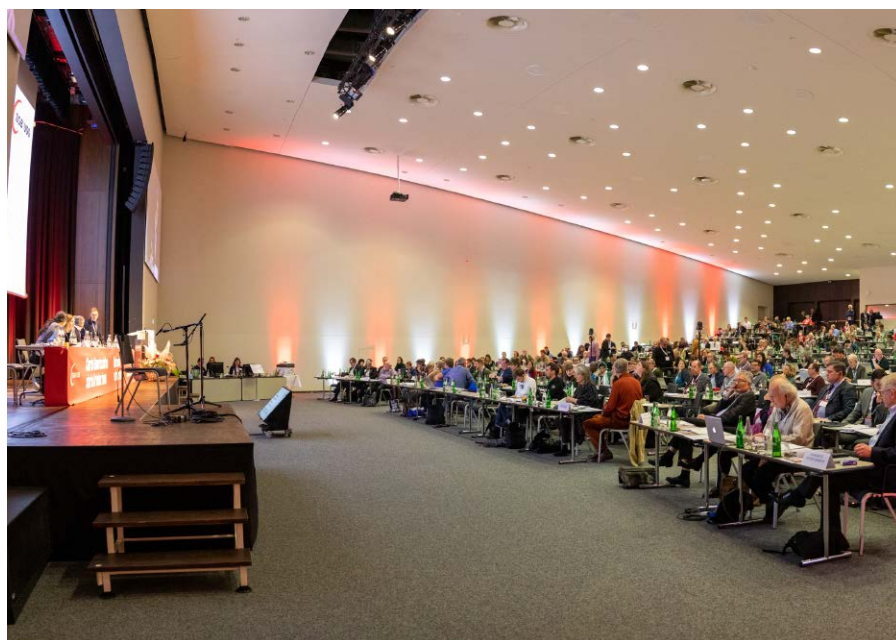
Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Doch davon spürten in den letzten Jahren viele Berufstätige und Rentnerinnen wenig. Im Gegenteil: Wenn die Krankenkassenprämien und die Mieten bezahlt sind, bleibt ihnen teilweise sogar weniger Realeinkommen als vor einigen Jahren. Deshalb braucht es einkommens- und verteilungspolitische Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft.

Zentrale verabschiedete Forderungen am SGB-Kongress sind:

- Generelle Lohnerhöhungen: keine Löhne unter 4500 Franken und mit einer Lehre mindestens 5000 Franken. Dieses Ziel soll mit mehr GAV und Mindestlöhnen erreicht werden.
- Verbesserungen beim Lohnschutz: Wichtig sind insbesondere Vereinfachungen bei der Allgemeinverbindlicherklärung von GAV sowie scharfe Durchsetzungsmassnahmen. Die Flankierenden Massnahmen müssen deshalb verbessert werden.

Altersvorsorge: Stärkung der AHV

Die schleichende Privatisierung der Altersvorsorge kann nur mit einer Stärkung der AHV gestoppt werden. Deshalb ist der Kampf für bessere Renten mit der SGB-Initiative für eine 13. AHV-Rente absolut prioritär. Die im Parlament hängige Initiative kommt zum richtigen Zeitpunkt: Die Pensionskassenrenten sind die letzten Jahre rund 20 Prozent gesunken und verlieren nun durch die Teuerung massiv an Wert. Gleichzeitig verkommt die 2. Säule – je



Der SGB-Kongress in Interlaken

länger je mehr – zum Geschäftsmodell für Vermögensverwalter, Vermittlungsagenten und Versicherer. Der SGB-Kongress beschloss daher mit dem Positionspapier zur Altersvorsorge: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine gute Rente. In der Schweiz ist genug Geld vorhanden, um dies zu finanzieren. Von dem Ausbau der AHV profitieren durch das gute Preis-Leistungs-Verhältnis für Arbeitnehmende über 90 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz.

Weiter beschloss der Kongress, die Lancierung einer Volksinitiative für einen besseren Kündigungsschutz vorzubereiten. Die Schweiz ist stark im

Rückstand: die geltende ILO-Konvention zum Schutz von gewerkschaftlich engagierten Arbeitnehmenden wird nicht respektiert. Die laufende Mediation muss zu konkreten Ergebnissen führen.

Pierre-Yves Maillard wurde am Kongress einstimmig für weitere vier Jahre als SGB-Präsident wiedergewählt. Ebenfalls einstimmig wurden Vania All-eva (bisher) und Natascha Wey (neu) als Vizepräsidentinnen gewählt. Die Zusammensetzung des Präsidialausschusses wurde bestätigt. Das erste Mal in der Geschichte des SGB besteht im Präsidialausschuss eine Frauenmehrheit.

Kämpfen lohnt sich!

In verschiedenen Branchen kämpften die Gewerkschaften für den Teuerungsausgleich und Lohnerhöhungen.

ÖV-Streik in Genf: Fahrer:innen erkämpfen sich mehr Lohn

Die Geschäftsleitung der TPG hatte dieses Jahr zunächst beschlossen, statt der vorgesehenen Lohnerhöhung eine einmalige Prämie von 400 Franken auszusprechen. Die akzeptierten die Angestellten nicht. Nach eineinhalb Tagen Streik (12./13. Oktober) knickte die Leitung der Genfer Verkehrsbetriebe (TPG) ein: Sie gewähren den Chauffeurinnen und Chauffeuren von Tram und Bus in zwei Etappen die statuarisch vorgesehene Lohnerhöhung von 1,2 Prozent.

sev Zeitung

Voller Teuerungsausgleich für Mitarbeitende der Reinigungs-, Gastro- und Uhrenindustrie

Die Gewerkschaften haben zusammen mit den jeweiligen Verbänden den Teuerungsausgleich für die Reinigungsbranche und die Gastronomie erfolg-

reich ausgehandelt. In der Deutschschweizer Reinigungsbranche steigen alle Löhne um 3 Prozent, genauso in der Gastronomie. Das entspricht dem vollen Teuerungsausgleich, wie ihn der Bund für das Jahr 2022 prognostiziert hat. Erstmals gibt es in der Gastrobranche eine Mindestlohnkategorie über der 5000-Franken-Grenze, namentlich für die Mitarbeitenden mit Berufsprüfung. Diese haben künftig Anrecht auf mindestens 5108 Franken monatlich (+188 Franken).

work Zeitung

Flugbranche: «Neuer» alter GAV sowie Lohnerhöhungen SIEHE VPOD

Nach langen Verhandlungen haben sich die Gewerkschaften mit Swissport Zürich auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) geeinigt. Er entspricht in etwa dem GAV von vor der Pandemie. Wegen der Pandemie wurde der Ver-

trag wegen des Personalmangels angepasst. Das bedeutete unter anderem weniger Ruhetage und schlechtere Arbeitsbedingungen für die Angestellten. Der neue GAV trägt der Teuerung mit einer Lohnerhöhung von mindestens 4 Prozent Rechnung.

Swiss hat sich mit den Gewerkschaften auf eine Lohnerhöhung von 3,3 Prozent geeinigt. Aktion lohnt sich. Die tieferen Löhne profitieren mehr. Die Lohnerhöhungen betreffen rund 1500 Mitarbeitende. Darüber hinaus überweist Swiss dem Personal eine Covid-Prämie von 2500 Franken pro Vollzeit-Pensum. Damit werden die vorübergehenden Lohneinsparungen während der Pandemie-Jahre kompensiert. Mit einer zweiten Tranche, einem Bonus von 2000 Franken pro Vollzeitstelle, wird der Mehreinsatz des Personals während der Pandemie abgegolten.

sev Zeitung

Matthias Hartwich zum SEV-Präsidenten gewählt

Der Kongress der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV vom 27. Oktober in Bern hat mit grosser Mehrheit Matthias Hartwich zum neuen Präsidenten gewählt. Der 55-Jährige folgt auf Giorgio Tuti, der dem SEV 14 Jahre lang vorstand. Hartwich wird das SEV-Präsidium am 1. Februar 2023 übernehmen. Die übrigen Geschäftsleitungsmitglieder wurden problemlos bestätigt.

Matthias Hartwich bringt eine langjährige gewerkschaftliche Erfahrung mit: Ab Anfang der 1990er-Jahre arbeitete er in Deutschland bei der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), die im Bau-, Landwirtschafts- und Umweltbereich tätig ist. 2008 wechselte er zur Unia in der Schweiz, wo er in der Zentrale in Bern insbeson-

dere verschiedene Gesamtarbeitsverträge aushandelte und koordinierte. Später kam er zur IndustriALL Global Union in Genf, und nun wird er beim SEV das Präsidium übernehmen. Auf den neuen Präsidenten warten viele Herausforderungen. Dazu gehört der Generationenwechsel, vor dem der öffentliche Verkehr steht – und damit auch der SEV.

Besonders bewegend war die Ehrung des scheidenden Präsidenten Giorgio Tuti. Er wurde von den Kongressteilnehmenden mit stehenden Ovationen geehrt. Tuti bleibt Präsident der Eisenbahnsektion des europäischen Dachverbands ETF.

Der SEV-Kongress wird künftig nur noch einmal alle vier statt zwei Jahre stattfinden, dafür über zwei Tage verteilt, um



© Bild: SEV/Manu Friederich

Matthias Hartwich ist der neue Präsident des SEV

mehr Zeit für Debatten im Plenum zu haben. Dafür werden die Delegiertenversammlungen jährlich stattfinden, um schneller auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können.

SEV Magazin

Kantone statt Personal in die Pflicht nehmen

Der Druck auf die Löhne des Bundespersonals ist rein parteipolitisch. Die Zahlen zeigen, dass die Löhne einen geringen und teilweise sogar sinkenden Anteil des Bundeshaushalts ausmachen. Auch die Staatsverschuldung oder die Projektionen der wirtschaftlichen Lage geben keinen Anlass zu drastischen Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals. Vielmehr können die Kantone aufgrund ihrer positiven Bilanzen der letzten Jahre mehr Verantwortung wahrnehmen und den service public stärker mitfinanzieren.

Text: Riccardo Turla, Redaktor

Die Anpassung der Löhne des Bundespersonals ist Gegenstand politischer und öffentlicher Diskussionen. Auf Medienebene gab in den letzten Monaten eine Studie zu reden, deren Resultate den Eindruck erweckten, das Bundespersonal sei gegenüber der Privatwirtschaft überbezahlt. Tatsächlich streute die Studie Sand in die Augen der Bevölkerung, weil sie Birnen mit Äpfeln verglich. Das Bundespersonal darf man nicht über den gleichen Kamm scheeren wie die Gastronomie-Branche, den Detailhandel oder das Gastgewerbe. Auf der politischen Seite nutzten dies rechtsbürgerliche Kräfte (insbesondere die SVP mit sechs Vorstössen im Parlament), um Druck auf die Personalausgaben des Bundes zu machen. Gestärkt wurden sie durch die Aussagen des für das Bundesbudget damals zuständigen Bundesrat Ueli Maurer zur angeblich besorgniserregenden finanziellen Lage des Bundes für die nächsten Jahre.

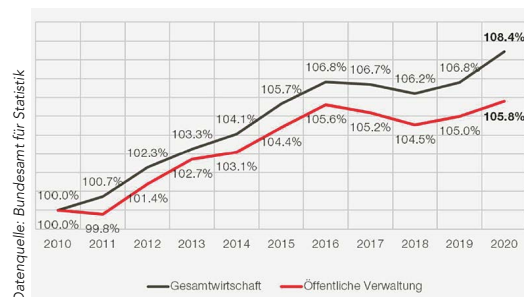
Die finanzielle Lage des Bundes ist jedoch nicht so besorgniserregend, wie sie Bundesrat Maurer beschreibt. Die allgemeine Wirtschaftslage hat zwar in den zwei letzten Jahren aufgrund der Pandemie durchaus einen Dämpfer erlitten, aber sie ist für 2022 und 2023 noch immer positiv. Die Bruttoschulden des Bundes haben in den letzten 20 Jahren deutlich abgenommen und sich auf rund 18 Prozent des Reinvermögens eingependelt. Der Bund ist also nicht unter Zugzwang, Kosten massiv zu sparen – zumindest lange nicht so, wie es der Bundesrat beschreibt.

Maurer will mit seiner pessimistischen Budgetierung zur angeblich schlech-

ten Lage des Bundeshaushalts das Verständnis für Sparmassnahmen beim Parlament einholen und die Löhne wo immer möglich reduzieren oder zumindest nicht so weit erhöhen, wie sie von der aktuellen Teuerung erfordert wären. Seine pessimistische Budgetierung würde zu einer unnötigen und auch kontraproduktiven Austeritätspolitik führen. Parallel dazu hat Maurer bezeichnenderweise Steuervorlagen befürwortet, die zu Steuerausfällen führen würden. Solche Steuervorlagen müssen jedoch konsequent gegenfinanziert werden, um die Ausfälle zu vermeiden.

Schweiz hat eine ausserordentlich tiefe Staatsquote vorzuweisen

Die Sparmassnahmen dürfen nicht auf dem Rücken des Bundespersonals stattfinden. Dieser Meinung des Personalverbands des Bundes (PVB) schliesst sich Garanto mit Bestimmtheit an. Insbesondere gibt die Schweiz im weltweiten Vergleich einen sehr tiefen Anteil des Bundeshaushaltes für das Personal aus. Die Staatsquote beträgt momentan 7,7 Prozent und ist in den letzten zehn Jahren sogar deutlich gesunken: Zwischen 2011 und 2019 bewegte sich dieser Wert auf 8,4 bis 9,2 Prozent. Im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt (BIP) betragen die Kosten des Bundespersonals konstant unter 1 Prozent. Sogar der tiefere BIP der Pandemiejahre brachte diese Statistik nicht aus ihrem Gleichgewicht. Fazit: Die Löhne des Bundespersonals bringen das Bundesbudget in keiner Weise in Schieflage. Gleichzeitig hinkt die Lohnentwicklung beim Bund demjenigen der Gesamt-



Indexierte Reallohnentwicklung: Seit 2010 sind die Löhne in der Gesamtwirtschaft um 2,6 Prozent mehr gestiegen als die Löhne in der öffentlichen Verwaltung.

wirtschaft hinterher. Im Vergleich zu 2010 sind die Löhne um 8,4 Prozent gestiegen, diejenigen der öffentlichen Verwaltung jedoch nur um 5,8 Prozent. Diese Zahlen sind insofern relevant, als dass sie den «Birnen mit Äpfel»-Vergleich der Studie auflöst: Diese Zahlen vergleichen Birnen von gestern mit Birnen von heute sowie Äpfel von gestern mit Äpfeln von heute (siehe Illustration). Die Interpretation aus diesem gesäuberten Vergleich steht in starkem Widerspruch zu den Andeutungen der Luzerner Studie: Der Bund ist bei seinen Löhnen nicht so grosszügig wie die Gesamtwirtschaft.

Vielmehr sind auch die Kantone in die Pflicht zu nehmen für Leistungen, welche gemäss dem Föderalismus in ihre Zuständigkeit fällt. Die meist positiv ausfallenden Abschlüsse der Kantone erlauben und verlangen dies. Auch sie müssen die Verantwortung wahrnehmen und den service public wie Sicherheit und Gesundheit besser mitfinanzieren.

BVG 21: Beratungen zogen sich in die Länge

Der Ständerat hat in der Winter-session am 29. November die Debatte zur BVG-Reform aufgenommen. Er unterbrach die Beratung und schliesst sie voraussichtlich am 12. Dezember ab (nach Redaktionsschluss).

Bei den bisherigen Beschlüssen ist der Ständerat den Vorentscheiden seiner Kommission gefolgt. Dieser Vorschlag der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) bleibt aber weit hinter jenem des Sozialpartnerkompromisses zurück. Insgesamt führt es zu Rentenverlusten von bis zu über 200 Franken pro Monat. Am höchsten sind die Rentenverluste für jene Personen, die genau nicht mehr in der Übergangsgeneration sind. Betroffen sind alle Personen mit einem Einkommen von über 4600 Franken

pro Monat. Auch für die Übergangsgeneration fallen die Kompensationen ungenügend aus. Ab einem Jahreseinkommen von ungefähr 68 000 Franken erhalten 61-Jährige nicht mehr die volle Kompensation ihrer Rentenverluste ausbezahlt.

Und die Beschlüsse würden dazu führen, dass die Versicherten die BVG-Reform teuer bezahlen. Insbesondere Teilzeitbeschäftigte und Geringverdienende würden wesentlich mehr bezahlen müssen, für kaum mehr Rente. Im Moment ist noch nicht absehbar, ob der Ständerat in allen Belangen seiner Kommission folgt. Es bleibt zu hoffen, dass er sich für ein grosszügigeres Modell entscheidet. In der nächsten Ausgabe des Magazins folgt eine Lagebeurteilung.

*Riccardo Turla (Redaktion),
Gabriela Medici (SGB)*

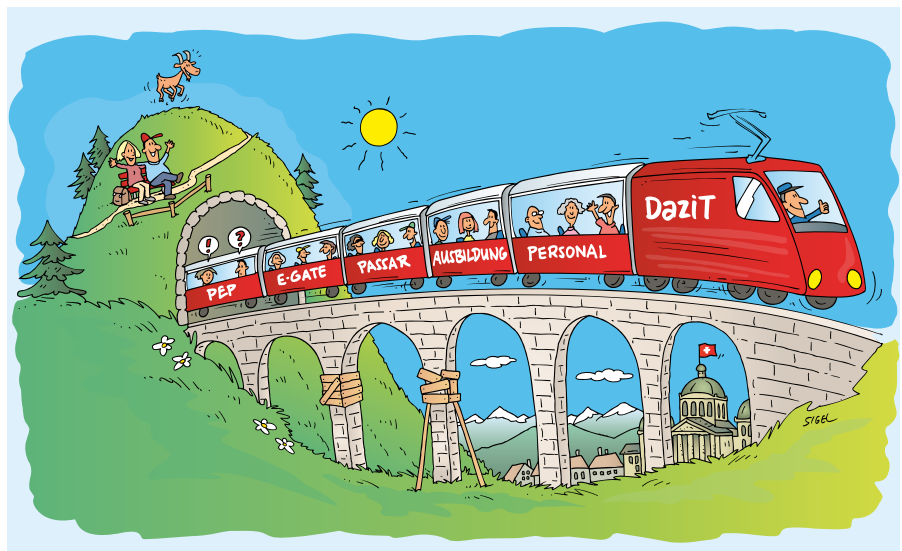
Kantonale Mindestlöhne unter Druck

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) hat kürzlich mit einer knappen Mehrheit von 11:10 Stimmen beschlossen, die Entscheidungsmacht der Kantone über eigene kantonale Mindestlöhne auszuhebeln. Dies ist insbesondere für jene Kantone wichtig, wo die Lebenshaltungskosten für tiefere Einkommen durch Mieten, Krankenkassen und Steuern gestiegen sind. Die ständerätliche WAK hatte bereits im Sommer grünes Licht für diese Änderung gegeben. Das Gesamtparlament wird in den nächsten Sessionen darüber entscheiden.

work Zeitung

Mitglieder-Aktion: Auf einen guten Start mit Karin Keller-Sutter!

Dieser Ausgabe des Magazins ist eine vorfrankierte Postkarte beigelegt. Unterschreibe die Postkarte und sende Karin Keller-Sutter, der neuen Finanzministerin und Departementsvorsteherin des BAZG, deine Glückwünsche!



«Welcher Beruf kann das schon bieten?»

Rina Cano setzt sich für Mitglieder und Mitarbeitende gleichermaßen ein

Interview: Riccardo Turla

Rina, wie lange bist du schon Mitglied in der Gewerkschaft?

Praktisch seit ich bei der EZV eingetreten bin: Ich wurde 1997 nach meiner Zeit als Aspirantin Mitglied geworden.

Warum bist du beigetreten?

Damals war klar: Wenn man beim Zoll arbeitet, tritt man auch dem Verband bei. Der Dienstchef kam und sagte, «die Arbeitnehmenden sind in der Gewerkschaft organisiert, drum musst du auch dabei sein».

Du hast zuletzt Verantwortung übernommen. Wie kam es dazu?

Es fing damit an, dass ich an den Online-Meetings der Gewerkschaft, als Christian Levrat Präsident war, mehrmals dabei war. Es ging um den Sozialplan. Ich merkte, wenn man etwas an seinem Arbeitsplatz bewegen will, muss man sich bemerkbar machen und mitreden. Dann wurde ich Vorstandsmitglied der Sektion Bern-Innerschweiz. An meinem Arbeitsplatz bin ich für mein Team eine Bezugsperson, weil ich bei Garanto aktiv bin. Viele wissen nicht genau, wie es mit dem Zollgesetz weitergeht, und dort bin ich schon ziemlich gefordert. Als Garanto-Mitglied ist man manchmal auch Seelsorger, aber ich helfe den Mitarbeitenden sehr gern weiter, zum Beispiel, wenn sie nicht wissen, an wen sie sich bei Fragen und Problemen wenden sollen.



© Bild: Riccardo Turla

Rina Cano

Die Aarauerin mit italienischen Wurzeln kommt eigentlich aus der Wirtschaft: Nach einer KV-Lehre in der Spedition merkte sie schnell, dass sie sich weiterentwickeln wollte.. Sie profitierte vom Vorwissen bei den Verfahren der Zollabwicklung und brachte ihre Sprachkenntnisse mit ein: Sie spricht die drei Landessprachen plus Spanisch und Englisch. Nach der Zollschule arbeitete sie in Genf, dann neun Jahre in Zürich, später im Ausbildungszentrum Liestal als Instrukturin. Seit 2008 arbeitet sie Teilzeit in Aarau im operativen Dienst. An der GV 2021 ihrer Sektion Bern-Innerschweiz wurde sie neu in den Vorstand gewählt und amtiert als Kassierin.

Welche Zeiten waren für dich die beruflich spannendsten?

Es war all diese Jahre immer spannend. Ich habe verschiedene Stages, zB. in der Risikoanalyse gemacht, ich habe kurze Zeit in Genf meinen Sprachhorizont erweitert, und jetzt bin ich im Operativen, momentan bei der Zollstelle Brugg in der Suchzentrale des GVV – alles war spannend beim Zoll.

Welche Zeiten waren für dich aus gewerkschaftlicher Sicht die spannendsten?

Natürlich diese Zeiten jetzt mit der ganzen Transformation und dem Zollgesetz, das kommen sollte. Hier wollen wir versuchen, beim neuen Berufsbild mitzudenken und mitzudiskutieren. Das ist sehr spannend. Für diese Ziele kann man am besten in der Gewerkschaft mitwirken, statt als einzelne Arbeitnehmer. Wir müssten ja ansonsten jedes Detail einzeln verhandeln. Das, was die Gewerkschaft erreicht hat, das lässt sich nur kollektiv erreichen und nur kollektiv verteidigen.

Was sind für dich die schönsten Seiten an deinem Beruf?

Im Operativen kannst du dir den Beruf ständig selber spannend machen. Er ist so vielfältig, das zu verwendende Wissen ist so breit, und man hat mit Ämtern, der Wirtschaft, mit Partnern, verschiedenen Technologien und vieles mehr zu tun. Ein so breites Arbeitsspektrum hat man nirgends – welcher Beruf kann das schon bieten?

Wie siehst du den nächsten Jahren entgegen?

Ich probiere, zuversichtlich zu sein. Das Berufsbild ändert sich: Es kommen sicher bewegte Jahre auf uns zu. Vor allem sind wir jetzt auch herausgefordert, weil im Operativen wegen der Kurse und Weiterbildung das Personal zurzeit knapp ist. Zudem weiss ich heute nicht, wie das Zollgesetz am Schluss aussehen wird, und was ich in zwei Jahren beim BAZG genau sein und machen werde. Diese Ungewissheit ist wohl die grösste Herausforderung, weil ich es nicht mehr in den eigenen Händen habe.

Was wünschst du dir im Moment für das BAZG?

Dass bald wieder mehr Ruhe einkehrt und man sich voll auf seine Arbeit konzentrieren kann. Diese Ruhe fehlt uns wegen der umfangreichen Transformation, trotz aller Flexibilität unsererseits.

Wann ist ein Arbeitszeugnis wohlwollend, klar und wahr?

Mitglied B.P. ist mit dem Inhalt des Zwischenzeugnisses, das er beim BAZG beantragt hat, nicht zufrieden. Er kritisiert die Aufzählung seiner vielen Aufgaben und die Bewertung seiner Arbeitsleistung. Deshalb wendet er sich an die Gewerkschaft. Garanto fädelt ein Gespräch mit dem HR-Verantwortlichen ein und begleitet B.P. dabei. Es kommt zu heftigen Diskussionen. B.P. will das BAZG vor Gericht ziehen.

Text: Heidi Rebsamen, Zentralsekretärin

Grundsätzlich gilt gemäss OR (Art. 330a Abs. 1): Alle Arbeitnehmende haben Anspruch auf ein Zeugnis, das über die Art und die Dauer des Arbeitsverhältnisses sowie über die Leistungen und das Verhalten Auskunft gibt. Inhaltlich muss ein Zeugnis folgenden Elemente aufweisen:

- › Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses
- › detaillierte Auflistung der wichtigen Funktionen und der das Arbeitsverhältnis prägenden Tätigkeiten sowie deren Zeitdauer
- › aussagekräftige Bewertung der Arbeitsleistung und des Verhaltens

Ein Zeugnis sollte entsprechend den folgenden Grundsätzen formuliert werden:

- › Vollständigkeit
- › Wahrhaftigkeiten
- › Verhältnismässigkeitsprinzip
- › Treu und Glauben
- › Wohlwollen

Ein Zeugnis soll das berufliche Fortkommen des Arbeitnehmers fördern, einem zukünftigen Arbeitgeber aber gleichzeitig ein wahrheitsgetreues Bild vermitteln. Diese Anforderungen können zu vielen Diskussionen führen, wie dieses Beispiel zeigt.

Achtung: Entgegen den jüngst immer wieder kolportierten Äusserungen, stimmt es nicht, dass der

Wert eines Arbeitszeugnisses am Schwinden sei. Dem Arbeitszeugnis kommt nach wie vor ein hoher Stellenwert zu. Für ein gutes Arbeitszeugnis zu kämpfen, lohnt sich also.

ERLÄUTERUNGEN

Müssen Arbeitgeber ihren Angestellten von sich aus ein Zeugnis ausstellen?

Nein. Angestellte können aber jederzeit ein Zwischenzeugnis verlangen.

Kann man darauf beharren, dass das BAZG im Schlusszeugnis sein Bedauern über den Austritt ausdrückt?

Nein. Da Zeugnis muss sich zur Leistung und zum Verhalten der Angestellten äussern. Ausführungen über subjektive Befindlichkeiten des Arbeitgebers können nicht erzwungen werden.

Wie muss ich vorgehen, wenn ich mit dem Arbeitszeugnis nicht einverstanden bin?

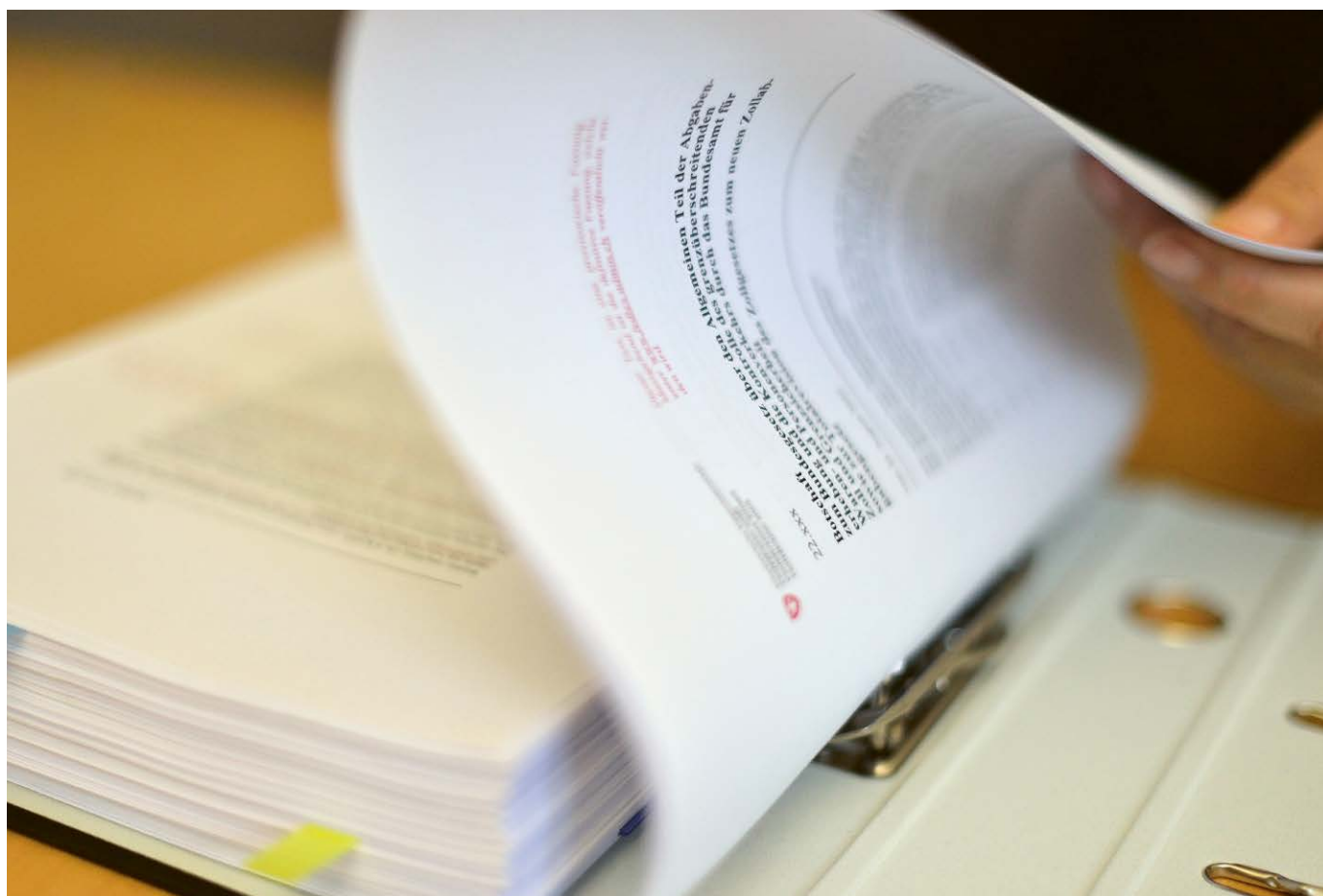
Man kann sich an Garanto wenden. Wir helfen gerne bei neuen Formulierungsvorschlägen und bei der Vermittlung eines Gespräches. Falls gewünscht, begleiten wir die Person auch beim Gespräch.

Den neuen Formulierungsvorschlag teilt man schriftlich der HR-Stelle mit. In den meisten Fällen kommt es zu einem Gespräch und zu einem Kompromiss. B.P. wollte klagen und hat sich an die Schlichtungsbehörde am Arbeitsort gewendet und dort ein Schlichtungsgesuch in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten eingereicht. Garanto weiss nicht, wie die Sache ausgegangen ist, denn Mitglied B.P. hat das BAZG zeitnah verlassen.

Tout vient à point à qui sait attendre

La révision totale de la loi sur les douanes ne navigue plus en haute mer, mais est encore loin d'être arrivée à bon port. Communiquée jusqu'ici, l'entrée en vigueur au 1er janvier 2024 semble impossible. Quelques étapes manquent encore pour que le projet devienne une loi. On ignore combien de temps les commissions et le parlement se donneront.

Texte: Riccardo Turla, rédacteur



Chez Garanto, des spécialistes compétent-e-s se sont penchés sur la loi d'exécution de l'OFDF, longue de plus de 450 pages.

Les moulins de la politique suisse sont lents. Mais elle produit en général d'excellents pains, durables et bien soutenus. Dans le cas de la révision totale de la loi sur les douanes (LE-OFDF), les moulins sont particulièrement nombreux. Consultation des Offices, procédure de consultation, projet de loi demandent du temps. Le Conseil fédéral a adopté le message le 24 août.

La révision totale de la loi sur les douanes (22.058) entre dans la phase « chaude » du traitement. Cet automne, trois commissions se sont penchées sur

la loi, qui concerne de nombreux domaines de la politique fédérale.

Les débats parlementaires peuvent durer deux ans, voire plus

Les commissions du Conseil national ont commandé des co-rapports et mis en place des sous-commissions. La Commission de l'économie et des redevances (CER-N) est responsable de ce dossier, qui concerne aussi la Commission de la politique de sécurité (CPS) et la Commission des finances (CdF). Ces processus seront achevés au plus

tôt en avril, à cause des co-rapports réciproques et du « grand besoin de discussion », comme l'a indiqué la CER dans un communiqué de presse du 15 novembre 2022. Ce n'est que lorsque les travaux de la commission seront définitivement terminés que la nouvelle LE-OFDF passera au Conseil national. Impossible de prévoir quand cela se produira, on ne dispose que de la date théorique la plus proche : la session d'été 2023. Ensuite, l'objet retourne à la CER du Conseil des États. La petite chambre débattrait ensuite de la loi.

Entre-temps ont lieu les élections

D'ici les délibérations des États, le Conseil fédéral aura au moins deux nouveaux membres par rapport à l'automne 2022. En 2023, il y aura aussi la réélection de l'ensemble du Conseil fédéral, après le renouvellement du parlement lors des élections fédérales d'octobre. Cela signifie qu'un Conseil fédéral et un parlement recomposés porteront la révision totale de la loi sur les douanes à son terme.

Ensuite, il y aura encore d'autres obstacles à l'entrée en vigueur de la loi, éventuellement trois. Si le National et les États ne s'accordent pas sur le texte définitif de loi, une procédure d'élimination des divergences s'ensuit. En cas d'accord et d'adoption de la loi, le délai référendaire court pendant 90 jours. Si un référendum est lancé et aboutit, la révision de la loi sur les douanes devra attendre la prochaine date de votation. En théorie dans le pire des cas, la révision totale se termine par un désastre: en cas de succès du référendum, elle échouerait complètement. Toutefois, les communications des commissions laissent présager qu'elles corrigeront la loi sur les douanes avec la prudence qui s'impose: en octobre dernier, la CdF a fait savoir que « la nécessité du projet n'est pas contestée ».

La CPS-N s'interroge sur la sécurité et la délimitation des compétences

La CPS-N a examiné la loi sur les douanes les 10-11 octobre. Elle a constaté que des questions complexes sur la sécurité et la délimitation des compétences avec les cantons se posaient. Elle a donc décidé d'instituer sa propre sous-commission. La CPS rédige un co-rapport pour sa prochaine séance des 23-24 janvier 2023, dans lequel elle formule des propositions à l'attention de la CER-N, qui se penchera sur la loi en avril. Composée de six membres, la sous-commission CPS s'est réunie plus tard, le 1er novembre. Garanto y a présenté sa prise de position axée sur les thèmes de la politique de sécurité.

La CdF veut faire examiner les coûts par la CER

Le 13 octobre, la CdF-N a traité la LE-OFDF. Pour examiner les coûts et les conséquences financières, elle a de-

MOTS DE LA PRÉSIDENTE

Il faut activement impliquer le personnel

C'est une vaste révision, l'ampleur de la loi ne pouvant sans doute pas être plus grande. Les questions réglementaires, financières et de politique économique doivent être clarifiées au parlement. L'expérience disponible – notamment du personnel – doit donc continuer à être activement intégrée au processus de décision.

Les modifications législatives con-

cernent de nombreux acteurs. Le personnel de l'OFDF porte une grande partie de la transformation. Il est donc important que non seulement les connaissances techniques et l'expérience des employé-e-s soient prises en compte, mais aussi que le personnel soit activement impliqué dans l'ensemble du processus.

Garanto continuera à s'engager en ce sens.

Sarah Wyss, présidente

mandé un rapport complémentaire pour ses séances suivantes du 25 octobre et du 14 novembre à la CER-N. La CdF-N a fait remarquer que « compte tenu de la situation difficile en matière de politique financière, la mise en œuvre [de la loi sur les douanes] ne doit pas entraîner des dépenses supérieures à celles prévues par le Conseil fédéral ». De plus, la transformation de l'OFDF aurait des répercussions considérables sur ses biens immobiliers. Elle devrait donc s'en occuper dans le cadre du message sur l'immobilier du DFF 2023.

La CER reprendra ses travaux en avril 2023

Le 24 octobre, la CER-N a siégé et a entendu des représentant-e-s des cantons (justice et police), le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (PFPDT), des associations économiques et des syndicats. Garanto a également été invité à la deuxième séance, et a pu présenter l'analyse de son Comité central aux 25 membres de la commission. Lors de sa séance suivante le 15 novembre, la CER-N a décidé d'entrer en matière sur la révision totale de la loi sur les douanes.



Le Conseil fédéral Ueli Maurer, qui était chef du Département lors de la révision totale de la loi sur les douanes, sera succédé dans cette fonction par Karin Keller-Sutter.

La CER attend maintenant le co-rapport de la CPS en janvier. Elle se penchera à nouveau sur la loi dès les 3-4 avril 2023. Il est fort possible que la CER veuille prolonger ce qu'elle appelle un « grand besoin de discussion » à sa séance suivante (22-23 mai). Il y a ensuite plusieurs possibilités, ce qui pourrait retarder la transmission de l'objet au Conseil national.

Les services de renseignement doivent-ils avoir accès aux données ?

Le PFPDT Adrian Lobsiger a lui aussi son mot à dire sur la protection des données dans la loi. Lors de la procédure de consultation des Offices en 2021, il a mis en garde contre les risques systémiques élevés en matière de protection des données. Il s'agissait de risques pour les droits fondamentaux des personnes contrôlées, pour les droits d'accès de différentes catégories de personnel à des bases de données sensibles, mais aussi pour l'échange de données avec d'autres Offices et autorités, dont notamment le Service de ren-

seignement de la Confédération (SRC). Le Conseil fédéral a partiellement réagi aux critiques, et a présenté fin août quelques corrections allant dans le sens du PFPDT. Garanto aussi a constaté des améliorations en matière de protection des données.

Sous réserve du secret de la commission, Adrian Lobsiger n'a ni voulu ni pu faire de commentaire détaillé à ce moment-là au magazine Garanto. Mais le PFPDT a bien pu présenter son analyse à la commission en automne.

Le PFPDT a fait savoir que la possibilité nouvellement prévue pour le SRC d'accéder au système de données de la police des frontières et des douanes, ou de l'OFDF, est encore contestée. La loi sur les douanes actuellement en vigueur ne prévoit pas cet accès, car la collaboration occasionnelle peut être traitée dans le cadre de l'entraide administrative au cas par cas. Le Conseil fédéral a maintenu l'accès du SRC dans la loi sur les douanes, bien qu'il sache que le PFPDT le considère comme inutile et disproportionné. L'avis divergent du PFPDT, opposé à ce que les auto-

rités de sécurité mettent en commun leurs données sur la population, n'est pas mentionné dans le message.

Garanto reste attentif

Garanto et les différents groupes d'intérêts auront donc l'occasion d'observer l'évolution de la LE-OFDF, la première fois publiquement lors des débats au National l'an prochain. Ensuite, il n'est pas exclu que les commissions des États (probablement en 2024-25) écoutent également les avis et analyses de Garanto, de l'économie et éventuellement du PFPDT. Parallèlement, Garanto reste activement en contact avec les parlementaires intéressés.

Les critiques émises jusqu'ici par Garanto

Garanto a suivi consciencieusement la nouvelle loi sur les douanes, et a pu présenter ses critiques lors de la procédure de consultation et dans les commissions. Garanto a réagi au message du Conseil fédéral du 24 août par une analyse, suivie d'un communiqué de presse le 30 août. Le 25 octobre, le Comité central a consigné les points les plus importants dans une prise de position.

Dans son communiqué de presse, Garanto a d'abord relevé que « les personnes concernées, leur expérience et leurs connaissances doivent être intégrées dans le processus parlementaire », comme l'a exprimé notre Présidente Sarah Wyss, car « cette intégration a été trop faible en amont ». En d'autres termes, le personnel des douanes et du Cgfr, qui connaît le mieux la pratique grâce à ses connaissances spécialisées, devrait

être consulté sur certains aspects de la conception de la loi. De plus, la future structure de l'OFDF devrait être réglée dans la loi, tout comme l'armement du personnel. En outre, la notion de service public doit rester au premier plan. Le personnel de l'OFDF doit pouvoir collecter des données fiables, et les mettre à disposition de l'économie, du peuple et de l'État.

Du point de vue du personnel, l'inquiétude sur l'armement et l'uniforme déjà évoquée dans les précédents numéros de ce magazine reste un point important. Une partie du personnel exprime des craintes pour la sécurité, mais aussi pour ses chances de promotion professionnelle s'il renonce à l'arme à feu.

Garanto ne poursuivra pas la demande d'inscrire la caisse de prévoyance dans la loi, d'autant que la réglementation prévue au niveau de l'ordonnance suf-

fit. De même, Garanto a constaté des améliorations dans le sens du PFPDT concernant le traitement de la collecte des données personnelles. Mais Garanto continue de se demander si une révision de la loi est vraiment nécessaire, étant donné que la loi actuelle sur les douanes de 2005 a déjà été complétée en 2016, notamment sur la question de la numérisation.

De plus, le syndicat s'est exprimé le 4 novembre sur la suppression des droits industriels. La Présidente centrale Sarah Wyss affirme : « Maintenant que nous voyons la lourdeur de la nouvelle loi LE-OFDF, nous plaidons pour que la suppression des droits industriels soit liée à l'entrée en vigueur de la LE-OFDF. Ainsi, le plan financier pourra être allégé. »

La loi sur les douanes donne du fil à retordre

Ces deux derniers mois, le comité central s'est réuni à deux reprises le 21 octobre et le 17 novembre, ainsi que lors d'une retraite le 18 novembre, afin de définir les objectifs de l'an prochain. Au centre des débats: la nouvelle loi sur les douanes et la compensation du renchérissement.

Texte: Riccardo Turla, rédacteur

Concernant la loi sur les douanes, le comité central a clarifié sa position après un long débat, position défendue face aux commissions parlementaires. Il fallait en particulier décider de la recommandation de Garanto: entrer en matière, de ne pas entrer en matière ou renvoyer le projet. Après une discussion engagée, le comité s'est prononcé pour la variante du renvoi, avec mandat au Conseil fédéral d'améliorer la loi.

Les autres points de discussion au sein du comité concernaient notamment l'ordonnance sur la retraite des membres des catégories particulières de personnel (ORCPP). Lors de la séance de novembre, l'échange a été intense sur l'armement du personnel douanier: la recommandation de ne pas augmenter le nombre de personnes armées jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle loi figure dans le rapport de la CdG. Ce qui n'empêche pas la poursuite de la formation continue Allegra en matière d'armement. Mais tant que l'armement n'a pas fait l'ob-



© Image: PVB

Les partenaires sociaux (avec Heidi Rebsamen tout à droite et la présidente Sarah Wyss à côté) ont négocié avec succès la compensation du renchérissement avec le Ministre des finances Ueli Maurer.

jet d'une décision politique, aucune personne ne peut suivre de formation continue. Le Conseil fédéral n'a pas encore pris position sur la demande de la Présidente centrale Sarah Wyss. Le groupe de travail Plan social a fait état

de bonnes discussions avec l'OFDF, qui n'ont toutefois pas encore abouti à des décisions. Le groupe de travail a proposé à l'OFDF un projet pilote, dans le cadre duquel le personnel pourrait participer à l'élaboration de son plan d'affectation avec davantage de libertés individuelles. L'objectif est d'introduire une telle pratique à l'échelle nationale. Enfin, le comité central a décidé que le Congrès 2024 se déroulera à Bienne, et de la création d'un groupe de travail Action des membres, devenu actif ces dernières semaines.

Le 18 novembre, le comité central s'est réuni pour une retraite d'une demi-journée, afin de définir les objectifs du syndicat pour 2023. Ces objectifs concernent le niveau sociopolitique, les priorités pour l'amélioration des conditions de travail et les objectifs internes du syndicat. Le comité central a discuté de différentes mesures concernant ces trois domaines, et fixé un calendrier.

Compensation du renchérissement des rentes Publica: état des lieux pour 2023

Les rentes Publica ont aussi été abordées lors des négociations salariales du 17 novembre avec le CF Ueli Maurer. Garanto s'est fortement engagé pour que l'éventuelle compensation du renchérissement en 2023 devienne un sujet prioritaire. Nous avons convenu d'élaborer un état des lieux et de commencer les discussions en février déjà. L'un des problèmes est que Publica est actuel-

lement en sous-couverture. À cela s'ajoutent les perspectives financières peu réjouissantes des années à venir, surtout mises en avant par les partis bourgeois. Malgré tout, Garanto s'engagera pour une compensation rapide du renchérissement pour les rentes Publica. Car la forte augmentation des primes d'assurance maladie grignote les rentes.

Heidi Rebsamen, secrétaire centrale

Le Congrès de l'USS décide d'une grève féministe

Lors de leur 57^e Congrès à Interlaken les 25 et 26 novembre, les délégué-e-s de l'Union syndicale suisse ont fixé les priorités syndicales. Outre l'offensive sur les salaires et les rentes, les syndicats de l'USS ont décidé d'organiser une grève féministe le 14 juin 2023. Comme prévu, Pierre-Yves Maillard a été réélu président pour quatre ans. Suite à l'élection de Natascha Wey, il sera désormais épaulé par deux femmes comme vice-présidentes.

Texte: USS

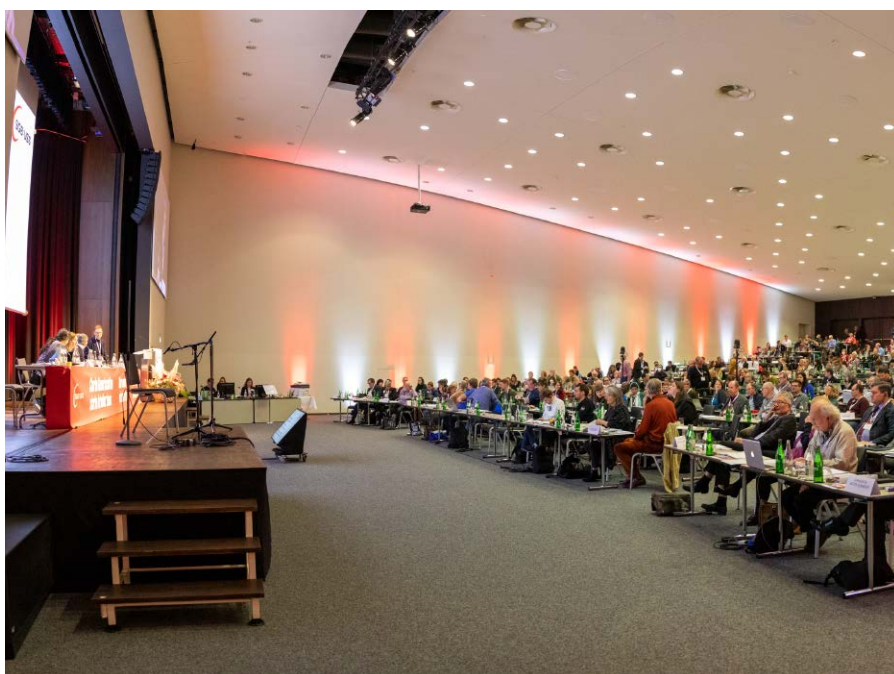
La Suisse est l'un des pays les plus riches du monde. Pourtant ces dernières années, de nombreuses personnes actives et retraitées en ont peu ressenti les effets. Au contraire : une fois les primes d'assurance maladie et les loyers payés, leur revenu réel restant est même parfois moindre qu'il y a quelques années. Des mesures politiques sur les revenus et la répartition sont donc nécessaires pour renforcer le pouvoir d'achat.

Les principales revendications adoptées au Congrès de l'USS sont les suivantes :

- ▶ Hausses générales des salaires : pas de salaires inférieurs à 4500 francs, et au moins 5000 francs avec un apprentissage, objectif à atteindre avec davantage de CCT et de salaires minimums.
- ▶ Améliorations de la protection salariale : il importe en particulier de simplifier la déclaration de force obligatoire des CCT et de prendre des mesures fortes de mise en œuvre. Les mesures d'accompagnement doivent donc être améliorées.

Prévoyance vieillesse : renforcer l'AVS

La privatisation rampante de la prévoyance vieillesse ne peut être stoppée qu'en renforçant l'AVS, raison pour laquelle la lutte pour de meilleures rentes avec l'initiative de l'USS pour une 13^e rente AVS est absolument prioritaire. L'initiative arrive au bon moment au parlement : les rentes des caisses de pension ont baissé d'environ 20 % ces dernières années et perdent massive-



Le congrès USS s'est déroulé à Interlaken.

ment de leur valeur à cause du renchérissement. Parallèlement, le 2^e pilier sombre de plus en plus vers un modèle commercial pour les gestionnaires de fortune, les agents intermédiaires et les assureurs. Dans sa prise de position sur la prévoyance vieillesse, le Congrès de l'USS a donc décidé que les personnes ayant travaillé toute leur vie méritent une bonne retraite. Il y a suffisamment d'argent en Suisse pour la financer. Plus de 90 % de la population suisse profite du développement de l'AVS grâce au bon rapport qualité prix pour les employé-e-s.

De plus, le Congrès a décidé de préparer le lancement d'une initiative po-

pulaire pour une meilleure protection contre le licenciement. La Suisse est très en retard : la convention OIT en vigueur sur la protection des personnes syndiquées n'est pas respectée. La médiation en cours doit aboutir à des résultats concrets.

Lors du Congrès, Pierre-Yves Maillard a été réélu à l'unanimité pour quatre ans à la présidence de l'USS. Vania Allewa (sortante) et Natascha Wey (nouvelle) ont aussi été élues à l'unanimité comme vice-présidentes. La composition du Comité présidentiel a été confirmée. Pour la première fois dans l'histoire de l'USS, le Comité présidentiel est composé d'une majorité de femmes.

Combattre, ça vaut la peine!

Dans différentes branches, les syndicats se sont battus pour la compensation du renchérissement et des augmentations salariales.

Pleine compensation du renchérissement pour le personnel des secteurs du nettoyage, de la restauration et de l'horlogerie

Avec leurs associations respectives, les syndicats ont négocié avec succès la compensation du renchérissement pour les secteurs du nettoyage et de la restauration. Dans le secteur alémanique du nettoyage comme dans la gastronomie, tous les salaires augmentent de 3%. Cela correspond à la pleine compensation du renchérissement telle que la Confédération l'a prévue pour 2022. Pour la première fois dans la branche de la restauration, une catégorie de salaire minimum supérieure à la limite de 5000 francs existe, notamment pour le personnel ayant passé un examen professionnel. Il aura désormais droit à 5108 francs par mois au minimum (+188 francs).

work, journal Unia

Grève des TP à Genève: les conducteurs/-trices obtiennent une hausse de salaire

Cette année, la direction des Transports publics genevois (TPG) avait d'abord décidé de verser une prime unique de 400 francs à la place de la hausse de salaire prévue, ce que le personnel n'a pas accepté. Après un jour et demi de grève les 12-13 octobre, la direction des TPG a cédé: en deux étapes, elle accorde aux conducteurs/-trices de tram et bus l'augmentation de salaire de 1,2% prévue par les statuts.

journal SEV

Branche aérienne: « nouvelle » ancienne CCT, et hausses de salaire

Après de longues négociations, les syndicats se sont mis d'accord avec Swissport Zurich sur une nouvelle convention collective de travail (CCT), qui correspond à peu près à la CCT d'avant la pandémie. La convention

avait été adaptée à cause du manque de personnel dû à la pandémie, ce qui impliquait notamment moins de jours de repos et de moins bonnes conditions de travail pour le personnel. La nouvelle CCT prend en compte le renchérissement, avec une hausse de salaire d'au moins 4%.

Swiss s'est mise d'accord avec les syndicats sur une hausse de salaire de 3,3%, dont les bas salaires profitent davantage. Les augmentations de salaire concernent environ 1500 personnes. De plus, Swiss verse au personnel une prime covid de 2500 francs pour un plein-temps, qui permet de compenser les économies salariales temporaires réalisées pendant les années de pandémie. Une deuxième tranche, une prime de 2000 francs pour un plein-temps, permettra de compenser l'engagement supplémentaire du personnel pendant la pandémie.

journal SEV

Matthias Hartwich a été élu à la Présidence du SEV

Le 27 octobre à Berne, le Congrès du Syndicat du personnel des transports (SEV) a élu à une large majorité Matthias Hartwich nouveau président. À 55 ans, il succède à Giorgio Tuti, président du SEV pendant 14 ans. Matthias Hartwich reprend le flambeau le 1er février 2023. Les autres membres de la direction syndicale ont été confirmés sans problème.

Matthias Hartwich a une longue expérience syndicale: dès le début des années 1990, il a travaillé en Allemagne pour le syndicat industriel Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), actif dans la construction, l'agriculture et l'environnement. En 2008, il a rejoint Unia en Suisse, où il a notamment négocié et coordonné différentes conventions collectives de travail au siège de

Berne. Il a ensuite rejoint IndustriALL Global Union à Genève, et va maintenant prendre la Présidence du SEV. De nombreux défis attendent le nouveau président, dont le changement de génération auquel sont confrontés les transports publics, et donc aussi le SEV.

L'hommage au président sortant Giorgio Tuti a été particulièrement touchant. Les congressistes lui ont rendu hommage par une « standing ovation ». Giorgio Tuti reste président de la section ferroviaire de la Fédération européenne des travailleurs des transports (ETF).

Désormais, le Congrès SEV n'aura lieu que tous les quatre ans au lieu de deux, mais il sera réparti sur deux jours pour avoir plus de temps pour



© Image: SEV/Manu.Friedrich

Matthias Hartwich est le nouveau président du SEV

les débats en plénum. En revanche, les Assemblées de délégués auront lieu chaque année, afin de pouvoir réagir plus rapidement aux défis actuels.

journal SEV

Faire contribuer les cantons, non le personnel

La pression exercée sur les salaires du personnel de la Confédération est purement partisane. Les chiffres montrent que les salaires représentent une part faible, même partiellement en baisse, du budget de la Confédération. La dette publique ou les projections économiques n'incitent pas non plus à prendre des mesures d'économie drastiques sur le dos du personnel. Mais grâce à leurs bilans positifs des dernières années, les cantons peuvent davantage assumer de responsabilités et cofinancer le service public.

Texte: Riccardo Turla, rédacteur

L'adaptation des salaires du personnel de la Confédération fait l'objet de discussions politiques et publiques. Dans les médias, une étude a fait couler beaucoup d'encre ces derniers mois, en éveillant le sentiment que le personnel fédéral est surpayé par rapport au secteur privé. En réalité, l'étude induit en erreur, en comparant des pommes et des poires. Le personnel de la Confédération ne doit pas être mis dans le même panier que la branche de la restauration, le commerce de détail ou l'hôtellerie. Côté politique, la droite bourgeoise (notamment l'UDC avec six interventions au parlement) l'a utilisée pour faire pression sur les dépenses salariales de la Confédération. Elle a été renforcée par les déclarations d'Ueli Maurer, responsable du budget fédéral, sur la situation financière prétendument préoccupante de la Confédération ces prochaines années.

Or, la situation financière de la Confédération n'est pas aussi préoccupante que le décrit le Conseiller fédéral Ueli Maurer. La situation économique générale a certes subi un coup de frein ces deux dernières années avec la pandémie, mais elle reste positive pour 2022 et 2023. La dette brute a nettement diminué ces 20 dernières années, et s'est stabilisée à environ 18 % de la fortune nette. Berne n'est donc pas contrainte de réduire massivement ses coûts; en tout cas pas de la manière décrite par le Conseil fédéral, loin de là.

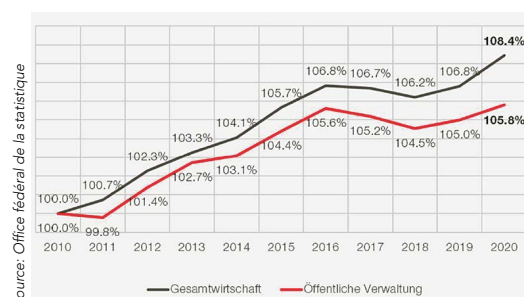
Avec sa budgétisation pessimiste liée à la prétendue mauvaise situation financière de la Confédération, Ueli Maurer

visait à obtenir le soutien du parlement pour les mesures d'économie et la réduction des salaires, ou du moins pour freiner l'augmentation que le renchérissement actuel exige. Sa budgétisation pessimiste risque de conduire à une inutile politique d'austérité, aussi contre-productive. Par ailleurs, Ueli Maurer a clairement appuyé des projets fiscaux entraînant des pertes fiscales. Or, de tels projets fiscaux doivent être systématiquement compensés pour éviter les pertes.

En Suisse, la quote-part de l'État est extraordinairement basse

Les mesures d'économie ne doivent pas se faire sur le dos du personnel de la Confédération, opinion de l'Association du personnel fédéral (APC) que Garanto partage pleinement. En comparaison mondiale, la Suisse consacre une part très faible du budget de la Confédération au personnel. La quote-part actuelle de l'État de 7,7 % a même nettement baissé ces dix dernières années: entre 2011 et 2019, cette valeur évoluait entre 8,4 et 9,2 %. Par rapport au produit intérieur brut (PIB), les coûts du personnel de la Confédération sont constamment inférieurs à 1 %. Même le PIB plus faible des années de pandémie n'a pas déséquilibré cette statistique. Conclusion: les salaires du personnel fédéral ne déséquilibrent aucunement le budget.

En même temps, l'évolution des salaires à la Confédération traîne comparée à celle de l'ensemble de l'économie. Par rapport à 2010, les salaires ont augmen-



Évolution indexée des salaires réels: depuis 2010, les salaires de l'ensemble de l'économie (en noir) ont augmenté de 2,6 % de plus que les salaires de l'administration publique (en rouge).

té de 8,4 %, mais ceux de l'administration publique de 5,8 % seulement. Ces chiffres sont pertinents dans la mesure où ils permettent de résoudre la comparaison « des poires avec des pommes » de l'étude: ces chiffres comparent des poires d'hier avec des poires d'aujourd'hui, ainsi que des pommes d'hier avec des pommes d'aujourd'hui. L'interprétation tirée de cette comparaison épurée est en forte contradiction avec les allusions de l'étude de Lucerne: au niveau salarial, la Confédération n'est pas aussi généreuse que l'économie en général.

Mais les cantons doivent aussi être mis à contribution pour les prestations qui relèvent de leur compétence en vertu du fédéralisme. Les résultats généralement positifs des cantons le permettent et l'exigent. Ils doivent eux aussi assumer leur responsabilité, et mieux cofinancer les services publics comme la sécurité et la santé.

LPP 21: les délibérations ont traîné en longueur

Lors de la session d'hiver le 29 novembre, le Conseil des États a commencé à traiter la réforme de la LPP. Il a interrompu les débats et prévoit de les terminer le 12 décembre (après la clôture de la rédaction).

Pour les décisions prises jusqu'ici, le Conseil des États a suivi les décisions préliminaires de sa commission. Mais la proposition de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique des États (CSSS-E) reste bien en deçà de celle du compromis des partenaires sociaux. Elle entraîne des pertes de rentes pouvant dépasser 200 francs par mois. Ce sont les personnes ne faisant juste plus partie de la génération de transition qui enregistrent les plus lourdes pertes. Toutes les personnes dont le revenu mensuel dépasse 4600 francs sont concernées. Et pour la génération de

transition, les compensations sont insuffisantes. Dès un revenu annuel d'environ 68 000 francs, les personnes de 61 ans ne reçoivent plus la compensation intégrale de leurs pertes de rente.

Les décisions prises auraient pour conséquence que les assurés paient cher la réforme de la LPP. Les personnes travaillant à temps partiel et à bas salaires en particulier devraient payer beaucoup plus pour une rente à peine plus élevée. Pour l'instant, impossible de savoir si le Conseil des États suivra sa commission sur tous les points. Espérons qu'il opte pour un modèle plus généreux. Le prochain numéro du magazine proposera une évaluation de la situation.

Riccardo Turla (rédaction),
Gabriela Medici (USS)

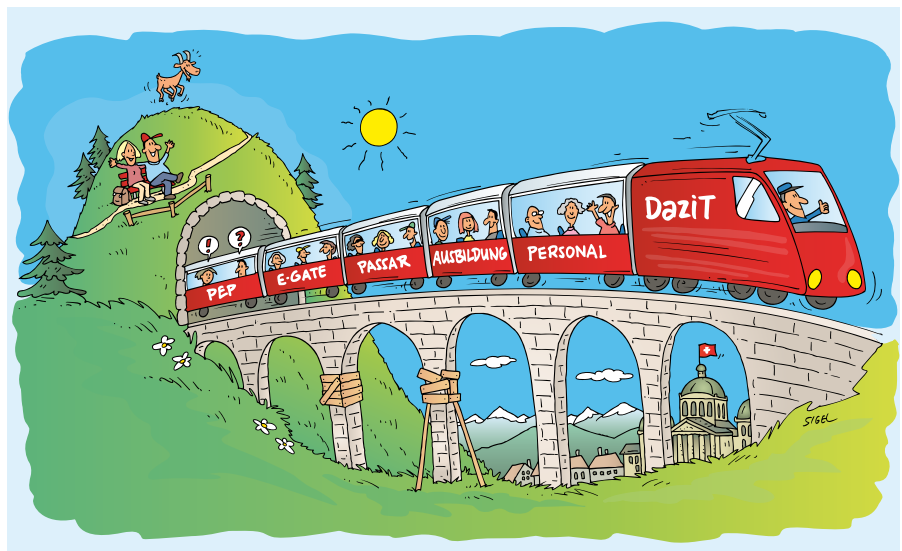
Salaires cantonaux minimaux sous pression

À une courte majorité de 11 voix contre 10, la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N) a récemment décidé de supprimer le pouvoir de décision des cantons sur leurs propres salaires minimaux. Cette mesure est particulièrement importante pour les cantons où le coût de la vie a augmenté pour les bas revenus, en raison des loyers, des caisses maladie et des impôts. Cet été, la CER du Conseil des États a déjà donné son feu vert à cette modification. L'ensemble du parlement se prononcera à ce sujet lors des prochaines sessions.

journal work, Unia

Action pour les membres Garanto: Pour un bon départ avec Karin Keller-Sutter!

Une carte postale préaffranchie est jointe à ce numéro du magazine. Signe la carte postale et envoie tes vœux à la nouvelle Ministre des finances et cheffe du Département de l'OFDF!



« Quel autre métier offre cela ? »

Rina Cano s'engage autant pour les membres que pour le personnel

Interview: Riccardo Turla

Rina, depuis combien de temps es-tu membre du syndicat ?

Quasiment depuis mon arrivée à l'AFD : je suis devenue membre en 1997, après avoir été aspirante.

Pourquoi as-tu adhéré ?

À l'époque, c'était clair que « qui travaille à la douane adhère aussi au syndicat ». Le chef de service est arrivé et a dit : « Le personnel est organisé au syndicat, tu dois donc en faire partie ».

Tu as plus récemment pris des responsabilités. Pourquoi ?

Ça a commencé en assistant plusieurs fois aux séances en ligne du syndicat, lorsque Christian Levrat était Président, à propos du plan social. Je me suis aperçue que pour faire bouger les choses sur son lieu de travail, il faut participer aux discussions et se faire remarquer. Ensuite, je suis devenue membre du comité de la section Berne. Au travail, je suis une personne de référence pour mon équipe, car je suis active chez Garanto. Les incertitudes sont grandes sur le sort de la loi sur les douanes, et je suis déjà assez sollicitée. Comme membre de Garanto, je joue aussi parfois la confidente, mais j'aime aider le personnel, par exemple lorsqu'il ignore à qui s'adresser en cas de questions ou de problèmes.



© Image: Riccardo Turla

Rina Cano

Cette habitante d'Aarau aux racines italiennes vient en fait de l'économie : après un apprentissage dans l'expédition, elle s'est vite aperçue que la législation lui convenait davantage. Elle a profité de la formation avec les technologies et les législations, et a apporté ses connaissances linguistiques : elle parle les trois langues nationales, plus l'espagnol et l'anglais. Après l'école des douanes, elle a travaillé à Genève, puis neuf ans à Zurich, et plus tard au centre de formation de Liestal comme instructrice de milice. Après des formations continues en analyse des risques et en procédures douanières, elle travaille depuis 2008 à temps partiel à Aarau dans le service opérationnel et la centrale de recherche OITox.

Professionnellement, quelles ont été les périodes les plus passionnantes ?

Toutes ces années ont été passionnantes. J'ai fait divers stages, par ex. dans l'analyse des risques, j'ai brièvement élargi mon horizon linguistique à Genève, et je suis maintenant à l'opéra-

tionnel, au bureau de douane de Brugg. Tout est intéressant à la douane.

D'un point de vue syndical, quelles ont été les périodes les plus passionnantes ?

Bien sûr, l'époque actuelle avec toute la transformation et la loi sur les douanes qui doit arriver. Nous voulons essayer de participer aux discussions et réflexions sur le nouveau profil professionnel. C'est passionnant. Pour atteindre ces objectifs, il vaut mieux participer au sein du syndicat plutôt que comme employé-e individuel-le. Sinon, nous devrions négocier chaque détail individuellement. Ce que le syndicat a obtenu ne peut être obtenu et défendu que collectivement.

Quels sont les aspects les plus intéressants de ta profession ?

Dans l'opérationnel, tu peux constamment rendre ton métier intéressant. Il est si varié, les connaissances nécessaires sont si vastes et les contacts nombreux avec des Offices, l'économie, des partenaires, différentes technologies, etc. Nulle part ailleurs les tâches sont si variées. Quel autre métier offre cela ?

Comment envisages-tu les prochaines années ?

J'essaie d'être confiante. Le profil de la profession est en train de changer, et nous allons certainement vers des années mouvementées. Nous sommes surtout confrontés à un défi, car le personnel opérationnel manque actuellement en raison des cours et de la formation continue. De plus, j'ignore encore à quoi ressemblera au final la loi sur les douanes, ce que je serai et ferai exactement dans deux ans à l'OFDF. Cette incertitude est sans doute le plus grand défi, car ce n'est pas de mon ressort.

Que souhaites-tu pour l'OFDF en ce moment ?

Que le calme revienne pour pouvoir à nouveau se concentrer pleinement sur le travail. Ce calme fait défaut en raison de la vaste transformation en cours, malgré toute la flexibilité dont nous faisons preuve.

Quand le certificat de travail est-il bienveillant, clair et vrai?

Membre, B.P. est insatisfait du contenu du certificat intermédiaire qu'il a demandé à l'OFDF. Il critique l'énumération de ses nombreuses tâches et l'évaluation de sa prestation de travail, raison pour laquelle il s'adresse au syndicat. Garanto organise un entretien avec le responsable RH et y accompagne B.P. Des discussions houleuses s'engagent. B.P. veut aller avec l'OFDF devant les tribunaux.

Texte: Heidi Rebsamen, secrétaire centrale

Selon le CO (art. 330a, al. 1), tous les travailleurs ont droit à un certificat, qui renseigne sur la nature et la durée des rapports de travail, ainsi que sur la qualité du travail et la conduite. Le contenu d'un certificat doit comporter les éléments suivants:

- › début et fin des rapports de travail
- › liste détaillée des fonctions importantes et des activités qui ont marqué les rapports de travail, ainsi que leur durée
- › évaluation pertinente de la prestation de travail et de la conduite.

Un certificat devrait être formulé selon les principes suivants:

- › exhaustivité
- › véracité des faits
- › principe de proportionnalité
- › bonne foi
- › bienveillance

Un certificat doit favoriser l'évolution professionnelle de l'employé-e, tout en donnant une image fidèle à un futur employeur. Ces exigences peuvent donner lieu à de nombreuses discussions, comme en témoigne l'exemple de B.P. Attention: contrairement aux dernières rumeurs, la valeur du certificat de travail ne diminue pas.

Le certificat de travail reste très important. Il vaut donc la peine de se battre pour un bon certificat de travail.

EXPLICATIONS

Les employeurs doivent-ils délivrer d'office un certificat à leurs employés?

Non, mais le personnel peut demander un certificat intermédiaire à tout moment.

Peut-on insister pour que l'OFDF exprime son regret quant au départ dans le certificat final?

Non, le certificat doit porter sur les prestations et la conduite du salarié-e. Il est impossible d'imposer des commentaires sur les sentiments subjectifs de l'employeur.

Comment dois-je procéder si je ne suis pas d'accord avec le certificat de travail?

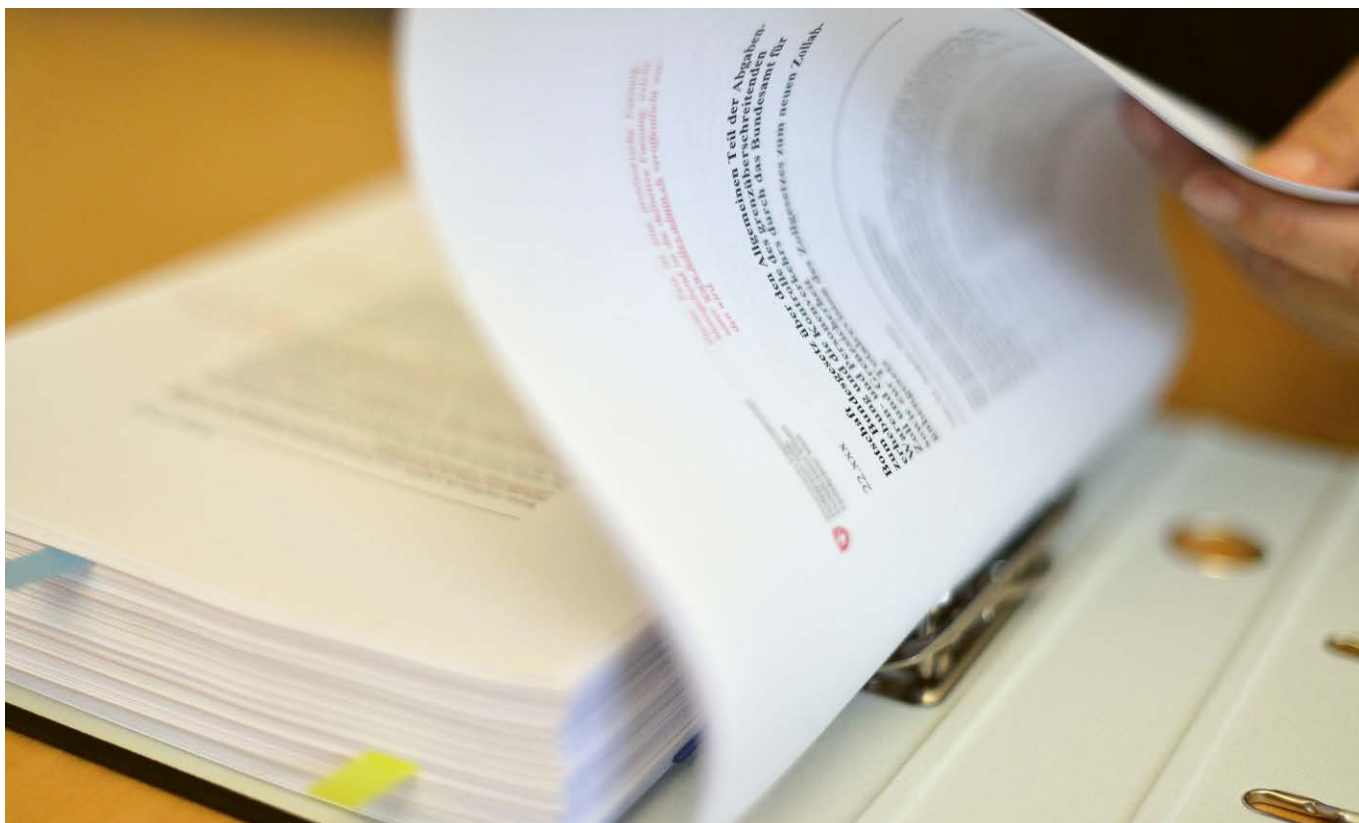
Adressez-vous à Garanto. Nous aidons volontiers à trouver de nouvelles propositions de formulation et à organiser un entretien. Si la personne le souhaite, nous pouvons aussi l'y accompagner.

La nouvelle proposition de formulation est communiquée par écrit au service RH. Dans la plupart des cas, cela débouche sur un entretien et un compromis. B.P. voulait porter plainte et s'est adressé à l'autorité de conciliation de son lieu de travail et y a déposé une requête de conciliation dans des litiges relevant du contrat de travail. Garanto ignore comment l'affaire s'est terminée, car B.P. a quitté l'OFDF peu après.

Se la gestazione è lunga, il risultato è buono

Sebbene non sia più in alto mare, la revisione totale della legge sulle dogane è ancora lontana dal porto sicuro. Molto lontana. La prevista entrata in vigore il 1° gennaio 2024 rimane un miraggio. Il processo che permetterà al progetto di trasformarsi in una legge definitiva è lungi dall'essere concluso e non è dato sapere quanto tempo servirà alle commissioni e al Parlamento per portarlo a termine.

Testo: Riccardo Turla, redattore



Diversi specialisti di Garanto hanno analizzato attentamente le oltre 450 pagine della LE UDSC.

Le macine della politica svizzera girano lentamente. Di solito però la farina è eccezionale e permette di produrre un buon pane, apprezzato da tutti i palati. Nella revisione totale della legge sulle dogane (LE-UDSC) sono coinvolti moltissimi mugnai. Consultazione degli uffici, procedura di consultazione, disegno di legge... l'iter ha richiesto tempo ma finalmente il 24 agosto il Consiglio federale ha emanato il messaggio. La revisione totale della legge sulle dogane (22.058) è entrata nella fase calda,

ossia la deliberazione. In autunno ben tre commissioni se ne sono occupate giungendo alla conclusione che fosse necessario chiedere ulteriori rapporti e istituire delle sottocommissioni.

Le consultazioni parlamentari possono protrarsi ancora per qualche anno

Il ruolo principale spetta alla Commissione dell'economia e dei tributi (CET), ma nei lavori sono coinvolte anche la Commissione della politica di sicurezza

(CPS) e la Commissione delle finanze (CDF). Ricordiamo infatti che la legge sulle dogane tocca molti ambiti della politica federale.

Visti i rapporti commissionati e la forte esigenza di discuterne, come ha rilevato la CET nel comunicato stampa del 15 novembre 2022, i lavori non si concluderanno prima dell'aprile prossimo. La nuova LE-UDSC arriverà sui banchi del Consiglio nazionale solo quando le commissioni avranno ultimato le loro verifiche. Attualmente non è dato sa-

pere con precisione quando ciò avverrà. Per il momento è stata indicata solo una data approssimativa: la sessione estiva 2023. Poi il progetto tornerà alla CET del Consiglio degli Stati.

Nel frattempo ci saranno le elezioni

Tra l'autunno 2022 e le deliberazioni del Consiglio degli Stati, in Consiglio federale ci saranno due avvicendamenti. Senza contare che nel 2023 sono previste la rielezione di tutto il Consiglio federale e le elezioni federali che potrebbero cambiare il volto del Parlamento. Ciò significa che la revisione totale della legge sulle dogane verrà portata a termine da un Consiglio federale e da un Parlamento in una nuova composizione. In ogni caso, la via verso l'entrata in vigore della nuova legge rimane irta di ostacoli. Se il Consiglio nazionale e il Consiglio degli Stati non troveranno un accordo, il testo verrà sottoposto alla procedura di appianamento delle divergenze. Una volta trovato l'accordo, il testo dovrà ancora superare lo scoglio di un eventuale referendum (90 giorni) che, se dovesse effettivamente essere lanciato, chiamerà popolo e Cantoni alle urne. A livello teorico, la revisione potrebbe rivelarsi un assoluto fallimento soprattutto se il referendum andrà in porto. Dalle comunicazioni delle commissioni traspare tuttavia una forte volontà di correggere la legge sulle dogane con la dovuta cautela visto che, come ha comunicato la CDF lo scorso ottobre, nessuno contesta la necessità di questa normativa.

La CPS si interroga sulla sicurezza e sulla delimitazione delle competenze

La Commissione della politica di sicurezza (CPS-N) ha discusso la legge sulle dogane il 10-11 ottobre. Rilevando che solleva interrogativi complessi in materia di sicurezza e delimitazione delle competenze con i Cantoni, ha deciso di istituire una propria sottocommissione. La CPS redigerà quindi un rapporto che presenterà alla sua prossima seduta in programma il 23-24 gennaio 2023. Formulerà inoltre delle osservazioni all'attenzione della Commissione dell'economia e dei tributi (CET-N) che, a sua volta, discuterà il testo di legge nell'aprile prossimo. La sottocommis-

LA PAROLA ALLA PRESIDENTE

Gli impiegati devono essere coinvolti attivamente

È una revisione molto vasta. Data la portata della legge non potrebbe essere altrimenti. Il Parlamento deve risolvere questioni riguardanti la sicurezza e la protezione dei dati, le finanze e l'economia. A tal fine è fondamentale includere le conoscenze e l'esperienza degli attori interessati – in particolare il personale – nei processi decisionali.

Ma non basta. Sebbene le modifiche

di legge riguardino molti attori, sono soprattutto le collaboratrici e i collaboratori dell'UDSC a dover reggere buona parte della trasformazione. In questo senso, non solo servono le loro conoscenze in materia, ma devono essere coinvolti attivamente nell'intero processo della trasformazione.

Garanto continuerà a battersi per raggiungere questo obiettivo.

La presidente Sarah Wyss

sione della CPS, composta da sei membri, si è riunita il 1° novembre, quando Garanto ha presentato la sua presa di posizione sulle questioni della politica di sicurezza.

La CDF chiede alla CET un'analisi dei costi

Dopo aver discusso la LE-UDSC il 13 ottobre, la Commissione delle finanze del Consiglio nazionale (CDF-N) ha chiesto alla CET-N di elaborare un rapporto supplementare in vista delle riunioni del 25 ottobre e del 14 novembre che analizzasse in particolare i costi e le conseguenze finanziarie. La CDF-N ha fatto osservare che, vista la difficile situazione sul fronte della politica finanziaria,

l'applicazione della legge sulle dogane non dovrà comportare spese superiori a quelle preventivate dal Consiglio federale. Non bisogna del resto dimenticare che la trasformazione dell'UDSC avrà importanti ripercussioni anche sugli immobili. La questione dovrà quindi essere affrontata anche nell'ambito del messaggio sugli immobili 2023 del DFF.

La CET riprende il lavoro sulla legge nell'aprile 2023

Nella riunione del 24 ottobre, la CET-N ha sentito i rappresentanti dei Cantoni (giustizia e polizia), l'incaricato della protezione dei dati e della trasparenza, le associazioni economiche e i sindacati. Anche Garanto è stato invitato alla



Il consigliere federale Ueli Maurer ha diretto il DFF durante la revisione totale della legge sulle dogane. Ha passato il testimone a Karin Keller-Sutter a fine 2022.

seconda riunione durante la quale ha avuto modo di presentare ai 25 membri della commissione l'analisi realizzata dal comitato centrale. La CET-N ha deciso di entrare nel merito della revisione totale della legge sulle dogane nella riunione del 15 novembre.

Ora la CET attende il rapporto della CDS che dovrebbe essere presentato in gennaio. Su questa base il 3-4 aprile tratterà nuovamente la legge ma è probabile che il tema figurerà anche all'ordine del giorno della seduta del 22-23 maggio. La CET ritiene che il progetto debba essere discusso a fondo. Non è inoltre escluso che qualche imprevisto possa ritardare il passaggio al Consiglio nazionale.

Il servizio di informazione deve avere accesso ai dati?

Anche l'incaricato della protezione dei dati e della trasparenza (IFPDT) Adrian Lobsiger ha la sua da dire, soprattutto per quanto concerne la protezione dei dati. Durante la procedura di consultazione degli uffici del 2021 ha messo in guardia dagli elevati rischi sistemici che

minacciano i diritti fondamentali delle persone controllate, i diritti di accesso a banche dati sensibili per diverse categorie di personale e lo scambio di dati con altri uffici e autorità, tra cui il Servizio delle attività informative della Confederazione (SIC). Il Consiglio federale ha risposto solo in parte alle critiche presentando a fine agosto delle modifiche nel senso auspicato dal consulente per la protezione dei dati che anche Garanto ha accolto positivamente.

Adducendo l'obbligo di riservatezza che vige nelle commissioni, Lobsiger non ha voluto rilasciare commenti dettagliati alla rivista Garanto. L'IFPDT, che in autunno ha tuttavia potuto esporre in modo approfondito la propria analisi alla commissione, ha lasciato intendere che l'eventualità che il SIC abbia accesso ai dati della polizia di confine/dogana e dell'UDSC è ancora controversa.

La legge attualmente in vigore non prevede questa possibilità: la collaborazione è saltuaria e si iscrive nell'ambito dell'assistenza amministrativa puntuale. Il Consiglio federale non ha stralciato l'accesso pur sapendo che l'IFPDT lo

reputa superfluo e sproporzionato. Il messaggio non menziona però il parere divergente dell'IFPDT secondo cui le autorità di sicurezza non dovrebbero accorpare i loro dati sulla popolazione.

Garanto non molla

Garanto e gli altri gruppi di interesse continueranno a seguire con attenzione l'evoluzione della LE-UDSC in particolare durante il dibattito pubblico del prossimo anno in Consiglio nazionale. Non è escluso che anche le commissioni del Consiglio degli Stati ascolteranno, probabilmente nel 2024/25, le considerazioni e le analisi di Garanto, dell'economia ed eventualmente dell'IFPDT. Nel frattempo Garanto continuerà a curare attivamente i contatti con i parlamentari interessati.

I punti critici rilevati finora da Garanto

Garanto ha seguito attentamente l'elaborazione della nuova legge sulle dogane e ha potuto esprimere le proprie considerazioni durante la procedura di consultazione e davanti alle commissioni. Al messaggio del Consiglio federale del 24 agosto ha risposto il 30 agosto con un'analisi e un comunicato stampa. Inoltre, nella presa di posizione del 25 ottobre, il comitato centrale ha riassunto i punti più importanti.

Nel suo comunicato stampa Garanto ha affermato prima di tutto che, viste le loro conoscenze e la loro esperienza, i diretti interessati andrebbero coinvolti nel processo parlamentare. Lo ha ribadito anche la presidente Sarah Wyss, sottolineando che inizialmente questo coinvolgimento è stato decisamente insufficiente. In altre parole, il personale della dogana e del Corpo delle guardie di confine vanta ottime conoscenze pratiche e dovrebbe esse-

re consultato quantomeno su determinati aspetti della nuova legge. Anche la struttura dell'UDSC e la questione dell'arma dovrebbero essere definite a livello di legge e il principio del servizio pubblico dovrebbe restare prioritario. Le collaboratrici e i collaboratori dell'UDSC dovrebbero infine raccogliere dati affidabili e metterli a disposizione dell'economia, dello Stato e della popolazione per la valutazione. Anche l'incertezza per quanto riguarda l'arma e l'uniforme è un aspetto che attanaglia il personale come abbiamo già riportato nelle edizioni precedenti. Una parte esprime in particolare preoccupazione per la sicurezza e per le proprie possibilità di carriera se rinunciassero al porto dell'arma.

Garanto non porterà invece avanti la richiesta di recepire nella legge la cassa di previdenza, visto che l'ordinanza prevede disposizioni sufficienti. Anche

la rilevazione dei dati personali è stata disciplinata meglio, come auspicato dall'IFPDT. Rimangono comunque dei dubbi sulla necessità effettiva di questa revisione, dato che la legge del 2005, attualmente in vigore, è stata completata nel 2016 soprattutto per tenere conto della digitalizzazione.

Il 4 novembre il sindacato si è espresso sulla soppressione dei dazi industriali. La presidente centrale Sarah Wyss ha commentato: "Vediamo con quanta difficoltà avanza la nuova legge sulle dogane e chiediamo di agganciare l'abolizione dei dazi industriali all'entrata in vigore della nuova legge. Questo permetterà tra l'altro di alleggerire il piano finanziario".

Riccardo Turla, redattore

Tutto o quasi ruota attorno alla legge sulle dogane

Negli ultimi due mesi il comitato centrale si è incontrato due volte, il 21 ottobre e il 17 novembre, mentre il 18 novembre si è riunito in chiusura per definire gli obiettivi del prossimo anno. I lavori si sono concentrati in particolare sulla nuova legge e sulla compensazione del rincaro.

Testo: Riccardo Turla, redattore

Dopo aver espresso il proprio parere davanti alle commissioni parlamentari, il comitato centrale era chiamato a decidere se raccomandare di entrare in materia, di non entrare in materia o di respingere il progetto. Dopo un'intensa discussione ha infine deciso di respingere il progetto e di chiedere al Consiglio federale di adeguare il testo di legge.

Oltre che dell'ordinanza concernente il pensionamento in particolari categorie di personale (OPPCPers), nella seduta di novembre il comitato centrale ha discusso soprattutto la questione dell'arma per il personale doganale. Sebbene nel suo rapporto la CdG raccomandi di non aumentare il numero delle persone armate fino all'entrata in vigore della nuova legge, la formazione Allegra continua a includere l'istruzione di tiro. Finché la questione non sarà risolta a livello politico, sarebbe opportuno non formare altro personale. La presidente centrale Sarah Wyss ha interpellato il



© Foto: PVB

Le parti sociali (con Heidi Rebsamen, a destra, e la presidente Sarah Wyss al suo fianco) hanno condotto con successo i negoziati sulla compensazione del rincaro con l'ormai ex ministro della finanza Ueli Maurer.

Consiglio federale in merito ma la risposta si fa attendere. Il gruppo di lavoro che si è occupato del piano sociale ri-

porta che, per quanto positivi, i colloqui non hanno portato a risultati concreti. Il gruppo di lavoro ha inoltre proposto all'UDSC un progetto pilota che prevede la possibilità per le collaboratrici e i collaboratori di tutta la Svizzera di organizzare i loro piani di intervento con maggiore libertà individuale. Il comitato centrale ha inoltre deciso di organizzare il congresso 2024 a Bienne e di istituire un gruppo di lavoro per gestire le azioni rivolte ai soci. Il gruppo è entrato in funzione nelle scorse settimane. Il 18 novembre il comitato si è riunito in una seduta di chiusura di mezza giornata per definire gli obiettivi sindacali per il 2023. Questi obiettivi riguardano il piano socio-politico, le priorità atte a migliorare le condizioni di lavoro e gli obiettivi interni al sindacato. Il comitato centrale ha valutato diverse misure e definito uno scadenziario.

Compensazione del rincaro sulle rendite di Publica: analisi della situazione nel 2023

Durante la tornata negoziale del 17 novembre le parti, tra cui il consigliere federale Maurer, hanno discusso anche delle rendite di Publica. Garanto si è impegnato affinché la compensazione del rincaro sia una priorità per il 2023. È stato convenuto di procedere a un'analisi della situazione. Le discussioni in tal senso inizieranno già a febbraio. Il problema è dato dal fatto che Publica attualmente non dispone di una copertura sufficiente. A ciò si

aggiungono le prospettive finanziarie non proprio rosee per i prossimi anni, come l'ala borghese rimarca con enfasi. Ciononostante, Garanto continuerà a battersi per ottenere al più presto una compensazione del rincaro sulle rendite di Publica visto che l'aumento dei premi di cassa malati erode il potere d'acquisto anche dei pensionati.

Heidi Rebsamen, segretaria centrale

Il congresso dell'USS è per lo sciopero delle donne a giugno

In occasione del 57° congresso, svoltosi il 25/26 novembre a Interlaken, i delegati dell'Unione sindacale svizzera hanno definito le priorità sindacali. Oltre all'offensiva per i salari e le rendite, hanno deciso di organizzare uno sciopero femminista il 14 giugno 2023. Come previsto, Pierre-Yves Maillard è stato rieletto alla presidenza per i prossimi quattro anni. Con la nomina di Natascha Wey sarà affiancato da due vicepresidenti donne.

Testo: SGB

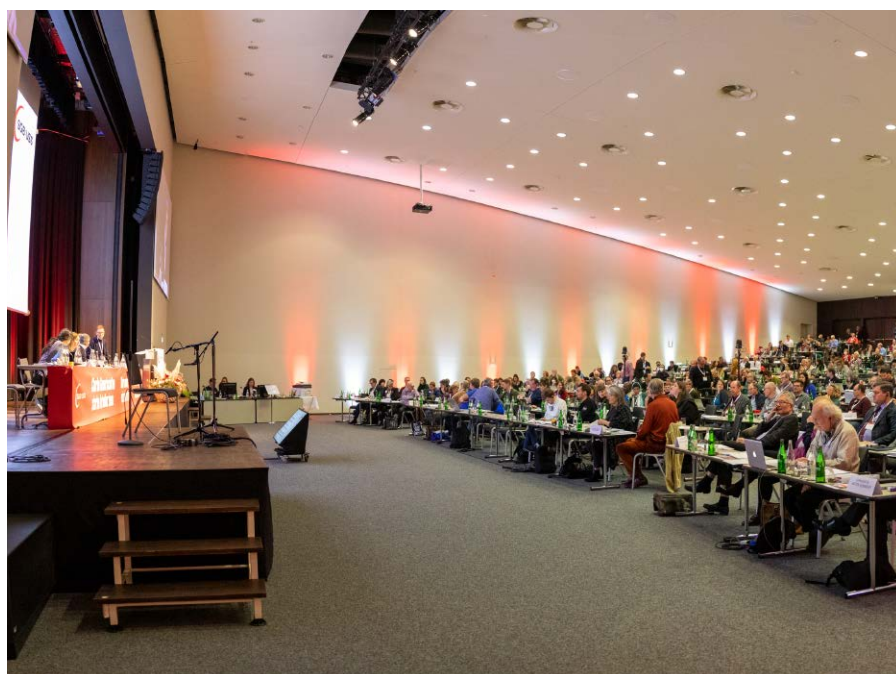
La Svizzera è uno dei paesi più ricchi del mondo ma negli ultimi anni molti lavoratori e molti pensionati hanno percepito ben poco di questo benessere. Anzi. Dopo aver pagato cassa malati e affitto, si ritrovano in tasca in termini reali addirittura meno soldi rispetto a qualche anno fa. Servono quindi misure per rafforzare il potere d'acquisto sia a livello di reddito che di ripartizione.

Principali richieste approvate dal congresso:

- ▶ Aumenti salariali generali: salari non inferiori a 4500 franchi e almeno 5000 per chi ha concluso un apprendistato. Questo obiettivo va raggiunto firmando più CCL e introducendo salari minimi.
- ▶ Migliore protezione salariale: servono semplificazioni a livello di dichiarazione di obbligatorietà generale per i CCL e misure di applicazione incisive. Occorre migliorare le misure di accompagnamento.

Previdenza di vecchiaia: rafforzare l'AVS

La crescente privatizzazione della previdenza di vecchiaia può essere fermata solo rafforzando l'AVS. Per questo motivo l'iniziativa dell'USS per una 13ª AVS volta a ottenere rendite migliori è assolutamente prioritaria. L'iniziativa ancora in sospeso in Parlamento arriva al momento giusto: negli ultimi anni le rendite di cassa pensioni sono diminuite del 20 per cento e per effetto del rincaro perderanno ulteriormente di valore. Al contempo il secondo pilastro sta diventando un modello aziendale per gestori patrimoniali, intermediari



Il congresso dell'USS ha avuto luogo a Interlaken

e assicuratori. Con il documento sulla previdenza di vecchiaia, il congresso USS sancisce un principio: chi lavora una vita intera, merita una buona rendita. In Svizzera c'è denaro abbastanza per garantire il finanziamento. Grazie al buon rapporto prezzo/prestazioni per i lavoratori, il potenziamento dell'AVS andrebbe a vantaggio di oltre il 90 per cento della popolazione svizzera.

Il congresso ha inoltre deciso di preparare un'iniziativa popolare per migliorare la protezione contro il licenziamento. La Svizzera ha perso moltissimo terreno: la vigente convenzione ILO a tutela dei lavoratori impegnati sindacalmente non viene rispettata. La mediazione attualmente in corso deve portare a risultati concreti.

Intanto, Pierre-Yves Maillard è stato rieletto all'unanimità alla presidenza dell'USS per ulteriori quattro anni. Sempre all'unanimità, alla vicepresidenza sono state nominate Vania Alleva (uscente) e Natascha Wey (neoeletta). È stata eletta la composizione del comitato presidenziale, che per la prima volta nella storia dell'USS vanta una maggioranza femminile.

Combattere conviene!

I sindacati si sono battuti con successo per la compensazione del rincaro e aumenti salariali in diversi settori.

Piena compensazione del rincaro per il settore delle pulizie e della gastronomia

I sindacati in collaborazione con le rispettive associazioni hanno ottenuto la compensazione del rincaro per il settore delle pulizie e della gastronomia. Nella Svizzera tedesca è previsto un aumento generalizzato del 3 per cento, una percentuale che corrisponde al rincaro previsto dalla Confederazione per il 2022. Per la prima volta il settore della gastronomia verserà un salario minimo di 5000 franchi al personale con attestato professionale che avrà diritto a un minimo di 5108 franchi mensili (+188).

da "work", giornale Unia

Sciopero dei trasporti pubblici a Ginevra: aumento di salario per i conducenti

In un primo tempo la direzione dei trasporti pubblici di Ginevra (TPG) aveva deciso di corrispondere un premio uni-

co di 400 franchi invece di concedere un aumento salariale ma il personale ha respinto la proposta. Dopo uno sciopero di una giornata e mezza (12-13 ottobre) la direzione dei TPG ha ceduto e ha accordato ai conducenti di tram e bus in due tappe l'aumento dell'1,2 per cento, del resto previsto dagli statuti.

dal giornale SEV

Aviazione: "nuovo" vecchio CCL e aumenti salariali

Dopo lunghe trattative i sindacati hanno sottoscritto con Swissport Zurigo un nuovo contratto collettivo di lavoro (CCL) che, a grandi linee, corrisponde a quello in vigore prima della pandemia. A causa del COVID-19 e della penuria di personale, il CCL è stato adeguato. I giorni di riposo sono diminuiti e le condizioni di lavoro sono peggiorate. Il nuovo CCL tiene tuttavia conto del rincaro e prevede un aumento salariale di almeno il 4 per cento.

Swiss ha concordato con i sindacati un aumento salariale del 3,3 per cento per circa 1500 dipendenti. I salari più bassi traggono i maggiori vantaggi. Swiss corrisponderà inoltre al personale un premio COVID pari a 2500 franchi per impiego a tempo pieno a titolo di compensazione per le decurtazioni temporanee rese necessarie negli anni della pandemia. In un secondo tempo, verrà versato un bonus di 2000 franchi per impiego a tempo pieno per compensare il maggior lavoro prestato dal personale durante la pandemia.

dal giornale SEV

Matthias Hartwich eletto nuovo presidente del SEV

Il 27 ottobre a Berna il congresso del sindacato del personale dei trasporti SEV ha eletto a grande maggioranza Matthias Hartwich, 55 anni, quale nuovo presidente. Il tedesco Hartwich entrerà in carica il 1° febbraio 2023 succedendo a Giorgio Tuti che lascia i vertici del sindacato dopo 14 anni. Gli altri membri della direzione sono stati confermati.

Matthias Hartwich vanta una lunga esperienza sindacale: nei primi anni 1990 ha lavorato in Germania per la Industriegewerkschaft Bauern-Agrar-Umwelt (IG BAU), un sindacato attivo nel settore dell'edilizia, dell'agricoltura e dell'ambiente. Nel 2008 si è trasferito in Svizzera, a Berna, dove ha trovato impiego alla centrale di Unia. Per questo sindacato ha negoziato e

coordinato numerosi contratti collettivi. Successivamente è passato alla IndustriALL Global Union di Ginevra e ora assume la presidenza del SEV. Lo aspettano molte sfide, tra cui il cambio generazionale che tocca il settore dei trasporti e di riflesso il suo sindacato. Particolarmente emozionante si è rivelato il commiato al presidente uscente Giorgio Tuti, salutato con una standing ovation. Tuti rimane comunque presidente della sezione ferroviaria della Federazione europea dei lavoratori dei trasporti (ETF).

In futuro il congresso del SEV si terrà ogni quattro anni invece che ogni due, ma si protrarrà sull'arco di due giorni per avere più tempo per le discussioni in plenaria. Per contro, le assemblee dei delegati si svolgeranno annual-



Matthias Hartwich, neo-presidente del SEV.

mente allo scopo di reagire più in fretta alle sfide attuali.

dal giornale SEV

Richiamare alle proprie responsabilità i Cantoni, non il personale

La pressione sui salari federali è una questione puramente politica. Le cifre indicano del resto che i salari coprono una parte esigua del bilancio della Confederazione. Anzi sono in calo. Nemmeno l'indebitamento statale o le proiezioni economiche giustificano drastiche misure di risparmio a scapito del personale. In questo contesto, i Cantoni, visti i bilanci positivi degli ultimi anni, potrebbero assumere maggiori responsabilità e garantire un finanziamento al servizio pubblico.

Testo: Riccardo Turla, redattore

L'adeguamento dei salari del personale federale è oggetto di discussioni pubbliche oltre che politiche. Negli ultimi mesi, nei media ha fatto molto discutere uno studio secondo cui il personale federale è pagato molto di più rispetto ai dipendenti dell'economia privata. Di fatto, questo studio ha gettato sabbia negli occhi della popolazione facendo confronti inopportuni. Non si può infatti fare un paragone diretto tra il personale federale e quello della gastronomia, del commercio al dettaglio o del settore alberghiero. A livello politico, la destra borghese (in particolare l'UDC) ha depositato sei interventi parlamentari per esercitare pressione sulle spese della Confederazione alla voce personale. Queste iniziative hanno trovato il sostegno del consigliere federale Maurer, ministro delle finanze, preoccupato per la situazione delle casse federali nei prossimi anni.

La situazione finanziaria della Confederazione non è tuttavia così preoccupante come la descrive Maurer. Il contesto economico generale negli ultimi due anni ha di fatto subito una battuta d'arresto a causa della pandemia ma le previsioni per il 2022 e il 2023 sono tuttora positive. I debiti lordi della Confederazione negli ultimi venti anni hanno segnato un netto calo e si attestano al 18 per cento del patrimonio netto. La Confederazione non è quindi costretta a serrare i cordoni della borsa o almeno non nella misura auspicata dal consigliere federale.

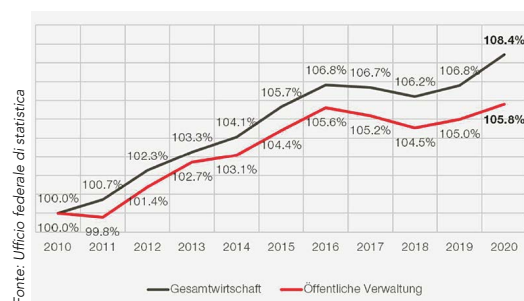
Con i suoi preventivi pessimistici, Maurer vuole convincere il Parlamento della

necessità di adottare misure di risparmio e di ridurre i salari o quantomeno di non aumentarli come invece richiederebbe il rincaro attuale. Il preventivo si iscrive nel segno del pessimismo e alimenta una politica di austerità controproducente e non necessaria. Maurer ha, come noto, sostenuto progetti fiscali che implicano una diminuzione del gettito. Queste perdite sul fronte delle entrate dovranno essere controllate.

La Svizzera presenta una quota d'incidenza della spesa pubblica straordinariamente bassa

Le misure di risparmio non devono in nessun caso andare a scapito del personale federale. Questo è il parere dell'Associazione del personale della Confederazione (APC), condiviso appieno da Garanto. In particolare, va rilevato che la Svizzera presenta nel confronto mondiale una quota d'incidenza dei costi per il personale sulla spesa pubblica molto bassa, pari attualmente al 7,7 per cento. Senza contare che negli ultimi dieci anni è addirittura sensibilmente diminuita. Tra il 2011 e il 2019 oscillava tra l'8,4 e il 9,2 per cento. Rispetto al prodotto interno lordo (PIL), i costi per il personale federale rimangono sistematicamente sotto la soglia dell'1 per cento. E la statistica non è cambiata nemmeno durante gli anni della pandemia in cui il PIL è risultato più basso. Insomma, i salari del personale della Confederazione non possono in alcun modo compromettere il bilancio.

Nel contempo, gli stipendi federali non



Andamento dei salari reali indicizzati: dal 2010, i salari dell'intera economia (in nero) sono aumentati del 2,6% in più rispetto a quelli della pubblica amministrazione (in rosso).

tengono il passo con quelli corrisposti dall'economia nel suo insieme. Rispetto al 2010, i salari nel settore privato sono aumentati dell'8,4 per cento, mentre quelli dell'Amministrazione pubblica hanno segnato una crescita solo del 5,8 per cento. Queste cifre sono rilevanti nella misura in cui smontano le conclusioni cui giunge lo studio citato sopra. Leggendole con maggiore attenzione si capisce che il confronto non regge e che gli stipendi corrisposti dalla Confederazione sono meno generosi di quelli versati dall'economia.

Anche i Cantoni dovrebbero essere chiamati a sostenere le prestazioni che in un sistema federalista rientrano nelle loro competenze. La maggior parte di loro presenta conti in attivo e sarebbero quindi in grado di intervenire, anzi dovrebbero. Anche i Cantoni devono assumersi le loro responsabilità e partecipare di più al finanziamento del servizio pubblico, della sicurezza e della salute.

LPP 21: le deliberazioni vanno per le lunghe

Il 29 novembre, durante la sessione invernale, il Consiglio degli Stati ha avviato le discussioni sulla riforma LPP 21 ma nel frattempo le ha interrotte, annunciando di riprenderle il 12 dicembre seguente (dopo la chiusura di redazione).

Nelle decisioni finora adottate, il Consiglio degli Stati ha seguito le proposte della sua Commissione della sicurezza sociale e della sanità (CSSS-S) molto meno generose rispetto al compromesso elaborato dalle parti sociali. Complessivamente si prospettano riduzioni delle rendite fino a oltre 200 franchi al mese che andranno a scapito soprattutto di coloro che non rientrano nella fase di transizione. Le disposizioni riguardano tutte le persone con un reddito superiore a 4600 franchi mensili. In ogni caso anche per le generazioni che ri-

entrano nel periodo di transizione le compensazioni sono insufficienti. A partire da un reddito annuo di circa 68 000 franchi, al compimento del 61° anno d'età, la differenza non verrà più compensata pienamente.

Con queste decisioni, gli assicurati pagheranno a caro prezzo la riforma LPP. In particolare, chi lavora a tempo parziale o percepisce un salario basso sarà chiamato a pagare di più per ricevere praticamente la stessa rendita. Al momento non è dato sapere se il Consiglio degli Stati seguirà la commissione in tutto e per tutto. Non ci resta che sperare che scelga un modello più generoso. Faremo un nuovo punto della situazione nel prossimo numero.

*Riccardo Turla (redazione),
Gabriela Medici (SGB)*

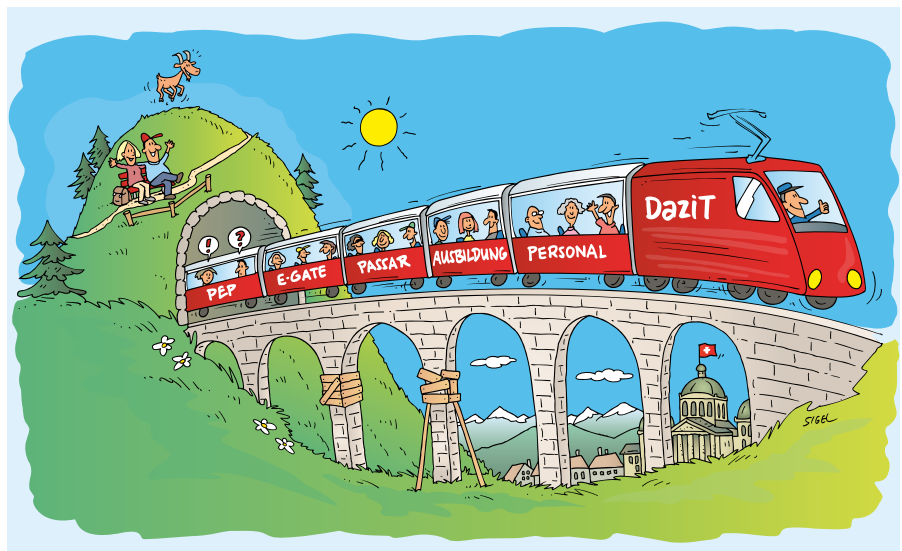
Il Parlamento attacca i salari cantonali minimi

La Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio nazionale (CET-N) ha recentemente deciso con una maggioranza risicata di 11:10 voti di limitare il potere decisionale dei Cantoni in materia di salari minimi. La decisione è importante soprattutto per i Cantoni in cui il costo della vita è rincarato per le classi salariali più deboli a causa delle realtà a base locale: gli affitti, i premi di cassa malati e la pressione fiscale. La CET-S aveva accettato la mozione già in estate. Le Camere ne discuteranno ancora nelle prossime sessioni al Parlamento prima di prendere una decisione definitiva.

"work", giornale Unia

Azione per i soci Garanto: Tanti auguri a Karin Keller-Sutter

A questo numero della rivista è allegata una cartolina preaffrancata: firmala e invia i tuoi auguri alla nuova ministra delle finanze e capa dell'UDSC.



"Quale professione può offrire altrettanto?"

Rina Cano si impegna senza distinzioni per i soci di Garanto e per tutto il personale.

Intervista: Riccardo Turla

Rina, da quanto tempo fai parte del sindacato?

Praticamente da quando sono arrivata all'AFD, ossia dal 1997 dopo il periodo come aspirante.

Perché hai aderito?

All'epoca non c'erano dubbi: chi lavorava in dogana, aderiva anche all'associazione del personale. Il caposervizio è arrivato da me e mi ha consigliato di iscrivermi come le mie colleghe e i miei colleghi. All'epoca, tutti erano organizzati sindacalmente.

Recentemente hai assunto anche delle responsabilità. Come mai?

Tutto è iniziato quando, sotto la presidenza di Christian Levrat, ho partecipato più volte alle riunioni online del sindacato sul piano sociale. Ho capito che per ottenere qualcosa sul posto di lavoro, bisogna profilarsi e discutere con gli altri. Questa considerazione mi ha spinto a entrare nel comitato della sezione Berna-Svizzera centrale. Attraverso l'attività sindacale sono diventata un riferimento per il mio team. Molti non sanno cosa succederà con la legge sulle dogane. Questo è del resto un tema che mi mette un po' sotto pressione: come membro di Garanto a volte mi tocca il ruolo del curatore di anime. In ogni caso aiuto volentieri le mie colleghe e i miei colleghi, ad esem-



© Foto: Riccardo Turla

Rina Cano

Argoviese di origini italiane, Rina ha mosso i suoi primi passi nel settore delle spedizioni. Dopo l'apprendistato di commercio, si è resa conto in fretta di voler andare avanti. Ha messo a frutto le conoscenze acquisite nel disbrigo delle operazioni doganali e le ha associate alle sue competenze linguistiche. Oltre a tedesco, francese e italiano, parla spagnolo e inglese. Al termine della scuola doganale ha lavorato a Ginevra, poi nove anni a Zurigo, in seguito ha insegnato al centro di formazione di Liestal. Dal 2008 lavora a tempo parziale a Aarau nel servizio operativo. Nel 2021 è stata eletta nel comitato della sezione Berna-Svizzera centrale della quale è cassiera.

pio, quando non sanno a chi esporre le loro difficoltà.

Quale periodo è stato il più interessante per te dal punto di vista professionale?

Tutti questi anni sono stati molto interessanti. Ho avuto la possibilità di fare degli stage, ad esempio nell'analisi dei rischi. A Ginevra ho avuto anche la

possibilità di migliorare le mie competenze linguistiche. Attualmente lavoro nell'ambito Operazioni, all'ufficio doganale di Brugg. In dogana è tutto un programma.

Quale periodo è stato il più interessante per te dal punto di vista sindacale?

Ovviamente questo, contraddistinto dalla trasformazione e dall'elaborazione della nuova legge sulle dogane. Vogliamo cercare di dire la nostra in merito al nuovo profilo professionale. È molto interessante. Per raggiungere questi obiettivi è meglio battersi tra le fila di un sindacato che individualmente. Altrimenti dovremmo negoziare ogni singolo dettaglio. Tutto ciò che il sindacato ha ottenuto, lo ha conquistato solo grazie al collettivo e solo grazie al collettivo lo potremo difendere.

Quali sono secondo te gli aspetti migliori di questa professione?

Nell'ambito Operazioni puoi sempre fare in modo che il tuo lavoro risulti interessante. Del resto, è una professione variata. Richiede conoscenze molto vaste e ti mette a contatto con molti uffici e partner e con tutti i rappresentanti dell'economia. Devi saper usare diverse tecnologie. E non solo. Una paletta così vasta non la trovi ovunque. Quale professione può offrire altrettanto?

Cosa ti aspetti nei prossimi anni?

Cerco di essere ottimista nonostante il profondo cambiamento del nostro profilo professionale. Ci attendono certamente anni molto movimentati. In questo momento siamo particolarmente sotto pressione perché a causa dei corsi e del perfezionamento le risorse di personale scarseggiano. Inoltre, oggi come oggi, non so come si presenterà la nuova legge sulle dogane e tanto meno cosa farò o che posizione occuperò tra due anni all'UDSC. Questa incertezza è la maggiore sfida che devo affrontare e non dipende da me.

Cosa auguri all'UDSC?

Spero che presto ritroveremo maggiore tranquillità. Nonostante tutta la flessibilità di cui possiamo dar prova, questa trasformazione ci destabilizza.

L'attestato di lavoro dev'essere benevolo, chiaro e veritiero

B.P., socio di Garanto, si rivolge al sindacato perché non è soddisfatto dell'attestato di lavoro intermedio rilasciato, su sua richiesta, dall'UDSC. In particolare, contesta il lungo elenco dei compiti e la valutazione delle prestazioni. Garanto prende in mano la situazione e accompagna B.P. al colloquio con il responsabile HR. La discussione si fa animata. B.P. vuole citare in giudizio l'UDSC.

Testo: Heidi Rebsamen, segretaria centrale

A tenore dell'articolo 330a capoverso 1 CO, l'impiegato/a può chiedere in qualsiasi momento al datore di lavoro un attestato che indichi la natura e la durata del rapporto di lavoro e si pronunci sulle prestazioni e sulla condotta del lavoratore.

Dal punto di vista dei contenuti, l'attestato deve indicare:

- › l'inizio e la fine del rapporto di lavoro
- › un elenco dettagliato delle principali funzioni e delle attività che contraddistinguono il rapporto di lavoro nonché la loro durata
- › una valutazione rappresentativa della prestazione e della condotta

Un attestato andrebbe scritto tenendo conto dei criteri seguenti:

- › completezza
- › veridicità
- › proporzionalità
- › buona fede
- › benevolenza

Un attestato di lavoro dovrebbe favorire la crescita personale del dipendente, ma anche offrire al futuro datore di lavoro un quadro veritiero. Questo può generare parecchie discussioni, come dimostra l'esempio in questione.

Attenzione: contrariamente a quanto spesso si sente affermare, non è vero che l'attestato di lavoro abbia perso significato. È tuttora molto importante e vale la pena battersi per ottenere un attestato corretto.

DOMANDE

I datori di lavoro devono allestire di propria iniziativa un attestato di lavoro per i dipendenti?

No, ma i dipendenti possono chiedere in qualsiasi momento un attestato intermedio.

Si può esigere che l'UDSC esprima nell'attestato il proprio rincrescimento per la dimissione?

No. L'attestato deve esprimere una valutazione sulla prestazione e sul comportamento del dipendente. Non si può esigere che il datore di lavoro esprima opinioni soggettive.

Come deve procedere la collaboratrice o il collaboratore che non condivide l'attestato di lavoro?

Garanto può fornire aiuto. Può aiutare a trovare nuove formulazioni, a organizzare un colloquio ed eventualmente può offrire consulenza durante il colloquio. Le nuove formulazioni vengono comunicate per iscritto ai servizi HR. Nella maggior parte dei casi si organizza un colloquio nel quale si giunge a un compromesso. B.P. voleva intentare una causa e si è rivolto all'autorità di conciliazione con un'istanza per una controversia in materia di diritto del lavoro. Garanto non è a conoscenza del risultato, visto che il socio B.P. ha lasciato l'UDSC.

Leseempfehlung: «Gestern war nicht heute – ler era buca oz» von Gabriel Alig

Der heute 97-jährige Gabriel Alig aus Vrin (GR), ehemaliger Grenzwächter, hat sich die Mühe genommen und seine Lebenserinnerungen niedergeschrieben. Diese sind in Buchform festgehalten. Das Buch ist seit diesem Herbst auf dem Markt zum Preis von Fr. 35.– in verschiedenen Buchhandlungen erhältlich und kann im Internet bestellt werden.

Die Schilderungen von Gabriel Alig sind persönlich und ziehen sich durch sein Leben von der Jugend bis hin zur Tätigkeit als Grenzwächter, der fast die Hälfte des Buches gewidmet ist. Seine Erzählungen sind ein historisches Zeugnis sowohl des beruflichen Wandels des Grenzwächters als auch einer Schweiz, wie sie heute nicht mehr existiert. Die lebensnahen Schilderungen erlauben die Leser, sofort in die Welt Mitte des 20. Jahrhunderts einzutauchen.

Das sehr angenehm zu lesende und mit privaten wie historischen Fotos illustrierte Buch dürfte sowohl bereits pensionierte wie auch aktive Kollegen und Kolleginnen sehr freuen. Das Buch ist in Deutsch verfasst und schliesst mit zwei kurzen Erzählungen in Rätoromanisch ab. Die Redaktion kann die Lektüre dieses aussergewöhnlichen Schmuckstück wärmstens empfehlen.

Die Redaktion



**Gestern war nicht heute –
ler era buca oz**

Gabriel Alig

Läuft das BAZG auf dem Zahnfleisch?

An der Front laufen die Mitarbeitenden infolge Personalmangel auf dem Zahnfleisch. Gleichzeitig arbeitet ein Teil der Leitung plus Einsatzkommandos im Home-Office.

Die Antwort des BAZG: Die Weiterentwicklung hat zum Ziel, die Mobilität und Flexibilität des BAZG zu erhöhen, unter anderem mit neuen digitalen Hilfsmitteln. Anmerkung der Sozialpartner: Die Frage bleibt offen, ob das BAZG heute mehr Kaderangestellte hat als früher zu Zeiten des EZV. Hier warten die Sozialpartner noch auf eine Antwort des BAZG.

Weiter haben uns noch Fragen zu den Lohnklassen erreicht, insbesondere in Bezug auf das Absolvieren der Allegra-Ausbildung. Aufgrund der komplexen Antwort verzichtet Garanto auf eine Veröffentlichung im Magazin. Diese Fragen nimmt Garanto gern in der Kummerbox entgegen.

Deine Kummerbox

L'OFDF est-il à bout de force ?

Au front, les employé-e-s sont sur les rotules en raison du manque de personnel. En même temps, une partie de la direction et du commandement d'intervention travaille à domicile.

Réponse de l'OFDF : le développement a pour but d'augmenter la mobilité et la flexibilité de l'OFDF, notamment grâce à de nouveaux outils numériques. Remarque des partenaires sociaux : on se demande toujours si l'OFDF compte plus de cadres aujourd'hui qu'à l'époque de l'AFD. Les partenaires so-



ciaux attendent encore une réponse de l'OFDF.

Nous avons également reçu des questions sur les classes de salaire, notamment sur le suivi de la formation Allegra. En raison de la complexité des réponses, Garanto renonce à les publier dans le magazine. Garanto relaie volontiers ces questions dans la boîte à soucis.

Ta boîte à soucis

L'UDSC sta raschiando il fondo?

Al fronte manca personale. A livello di dirigenti e nei comandi molti lavorano da casa. Una situazione che mette a dura prova le collaboratrici e i collaboratori.

La risposta dell'UDSC: la trasformatio-

ne mira a migliorare la mobilità e la flessibilità dell'UDSC, tra l'altro mettendo a disposizione nuovi mezzi digitali. La risposta dei partner sociali: rimane da capire se oggi l'UDSC non abbia più quadri rispetto all'AFD. L'UDSC non ha ancora risposto.

Abbiamo ricevuto ancora domande sulle classi salariali, soprattutto in relazione alla formazione Allegra. Vista la complessità delle risposte, Garanto rinuncia a pubblicarle nel giornale. Non esitate a inviare le vostre domande alla Cassetta dei crucci.

La cassetta dei crucci

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Garanto

Redaktion: Riccardo Turla

Redaktionsadresse:

Garanto, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Tel. 031 379 33 66

Auflage: 2925 Ex.

(WEMF-beglaubigt, Oktober 2022)

Erscheinungsweise:

2022: 6-mal. Ab 2023: 4-mal.

Erscheinung/Parution/Pubblicazione 2023:

3. März / 3 mars / 3 marzo

26. Mai / 26 mai / 26 maggio

8. September / 8 septembre / 8 settembre

10. November / 10 novembre

Inserate:

Garanto, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Kontakt: redaktion@garanto.ch

Druck und Versand: Mattenbach AG

Technoramastrasse 19, 8404 Winterthur

Bild Titelseite

Bildmontage: Peter Rebsamen

gedruckt in der
schweiz





Buon Natale e
Felice Anno Nuovo



Joyeux Noël et heureuse
Nouvelle Année



Fröhliche Weihnachten
und ein glückliches
neues Jahr



AZB
3007 Bern